

18 | Oktober 1975

Offensiv links

FÖJ Bewegung für Sozialismus

- 4 Ein "Hohelied" auf die Sozialpartnerschaft
- 5 Berufsausbildung in der Sackgasse
- 7 Kündigungen – und was man dagegen machen kann
- 9 Solidarität – aber wie?
- 10 Neues vom Spittelberg
- 12 Nieder mit dem Mörder-Regime in Spanien
- 15 Portugal: Die Gegensätze verschärfen sich
- 19 Alle Jahre wieder...

Kreisky forever ?

In seiner Schlußansprache im ORF einen Tag vor den Wahlen griff Kreisky noch einmal voll in die Saiten des Antikommunismus. Er beteuerte die Achtung der Sozialdemokratie vor dem Eigentum. Er versprach eine starke Hand gegenüber Ruhe- und Ordnungstörern. Es wurde ihm Glauben geschenkt. Er wurde anderntags wiedergewählt als Bundeskanzler.

So einfach wird die Sache schon nicht abgelaufen sein. Gewiß war der Wahlkampf der SPÖ allen Inhalts entleert, total auf die Person Kreiskys abgestellt (auf wen sonst). Mit Schäferwölkchen auf himmelblauem Hintergrund, goldenen Buchstaben und sogar einem bestickten Kissen aus der guten Stube ("Zuhause ist es doch am schönsten") wurde Banalität und Kitsch zum politischen guten Geschmack emporstilisiert.

Ausschlaggebend für die überraschend stabil erbrachte absolute Mehrheit der SPÖ war die zentrale Losung "Sicherung der Arbeitsplätze und Vollbeschäftigung". Das ist in Zeiten der Krise, wenn auch verkürzt, ein ganzes Programm. Nicht nur eines für die Arbeiter und Angestellten, sondern skurrillerweise für die einsichtigeren Unternehmer auch: Entlassungen und Kündigungen als Mittel der Krisensteuerung sind auch bei unseren Unternehmern nicht sehr beliebt; wenn ihnen von staatswegen andere Auswege geboten werden, wenn die Unkosten der Vollbeschäftigung inmitten von Stagnation und Absatzrückgang auf den Staat über-

wälzt werden können – warum nicht? Das goldene Kalb der Sozialpartnerschaft bleibt unberührt auf dem hohen Sockel stehen, solange derart unschö-

ne Maßnahmen in größerem Umfang unterlassen werden können: der Esel

Seite 2



Solidaritätsveranstaltung

Wien	28.10.	18h	Albert-Schweitzer-Haus 9. Garnisonsgasse
	Dienstag		
Graz	29.10.	19h	Universität Hörsaal A
	Mittwoch		
Salzburg	30.10.	19h	Arbeiterkammersaal Auerspergstraße 11
	Donnerstag		
Innsbruck	31.10.	19h	Konservatorium Museumstraße 17
	Freitag		

Es spricht ein Vertreter der Vereinigten revolutionären Linken aus Portugal

Film:

VIVA PORTUGAL

Buffet

Musik

Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, ...man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt !

KARL MARX

offensiv links

OFFENSIV, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst verändern.

LINKS, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebtheit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen - bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgassen in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

offensiv links - solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

ERSCHEINUNGSORT: WIEN
VERLAGSPOSTAMT/1040 WIEN

"offensiv links"

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: FÖJ-Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10.
Redaktion: 1090 Wien, Porzellan-gasse 33a, Tel.: 34-67-145
Vertrieb: 1040 Wien, Belvedereg. 10
Tel.: 65-19-52

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Einzelpreis: S 5,-
Abonnement: S 50,- jährlich

Kontonummer:
223-102-976, Länderbank Wien

streckt sich, das Tischlein deckt sich, der Knüppel bleibt im Sack!

Viele brave Bürger im klassenspezifischen Sinn haben ihre Stimme Kreisky gegeben, wohingegen manche Arbeiter, die neben Angst um den Arbeits-

beitsplatz vielleicht auch ein wenig Zorn auf die Genossen oben empfunden haben, hie und da aus Protest für die ÖVP gestimmt haben. (Eine Erklärung für die geringfügigen und seltenen Stimmengewinne der ÖVP in Wien ausgerechnet in Arbeiterbezirken!) Wenn keine allzu schiach-chen Zeiten auf das Kapital zukommen, darf man diesmal gespannt sein, wie Kreisky das Votum vor der Basis der SPÖ zu verdrehen versuchen wird, damit er sich wieder mit einigen wenigen kosmetischen Änderungen begnügen und die nun sicher lautstärker geforderten einschneidenden Reformen mit Hinweis darauf abschütteln kann, er habe (wieder) keinen Wählerauftrag für eine gesellschaftsverändernde Politik erhalten.

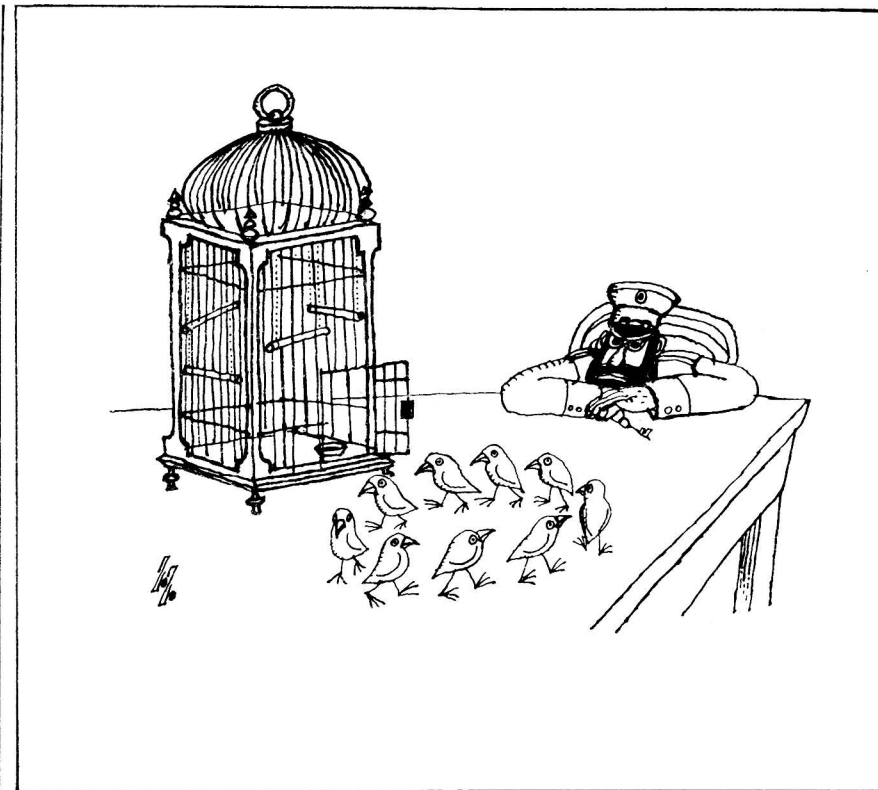
Um sein Erbe abzusichern und den schwedischen Weg wenigstens in der Kontinuität der parlamentarischen Regierungsmehrheit endgültig beschreiten zu können (Schwedens Sozialdemokratie regiert seit Generationen ohne Ablöse), wird Kreisky, darauf kann man Gift nehmen, dem großen Verlierer dieser Wahlen, der ÖVP sein politisches Augenmerk widmen. Was in der ersten Alleinregierungsperiode nicht gelungen ist, könnte jetzt mit geschickter Nachhilfe diesmal in Erfüllung gehen: die Spaltung der ÖVP. Wer die ÖVP in jene drei Blöcke dividieren kann, deren soziale Unterschiedlichkeiten den ständig gelebten Widerspruch dieser Partei darstellen, hat für lange Zeit seine parlamentarische Ruhe gesichert. Der kann in Pension gehen. (Das will Kreisky angeblich nach den nächsten vier Jahren tun.) Dann wäre eine weitere und weitere SPÖ-Mehrheit im Parlament nicht mehr die schicksalschwere Frage der historischen Persönlichkeit, sondern gesellschaftspolitische Selbstverständlichkeit. (Immer die "ruhigen Zeiten" für's Kapital vorausgesetzt, ohne tiefere Krisen und höhere Aufschwünge der Klassenkämpfe).

Die offene Aggressivität, mit der Taus & Co. ihren Befürchtungen, ob sie

weitere vier Jahre durchhalten können ohne direkt an den Futtertrögen zu stehen. Auch die Zauberformel "Zusammenarbeit" spricht von dieser Urangst, noch ein paar Jahre ins parlamentarische Salzamt, sprich Opposition versetzt zu werden. Da hätten sie selbst die Koalitionspartnerschaft mit einem sozialdemokratischen Bundeskanzler lieber ertragen. (In Österreich fängt die Menschwerdung noch immer erst mit dem Dokortitel und die politische Achtbarkeit mit dem Ministersessel an. Opposition ist was Anrühiges, von der Opposition zur Revolution ist's nur ein Schritt, wenn es sich um links, von der Opposition zur Nullifikation ein weiterer, wenn es sich um rechts handelt.) Die ÖVP hat wohl einige Trümpfe in Hand bei dem gesellschaftlichen Pokerspiel: Bauern, Industrielle, Intellektuelle, aber den wichtigsten Trumpf hat sie nicht, die Gewerkschaften. Immer mehr zeigt sich, daß dieses Inselglück der Seligen auf dem breiten, unsichtbaren Sockel des ÖGB ruht, daß der riesige Schatten, den Kreisky wirft, Benya heißt. Die ÖVP zehrt an der Substanz der fünfziger und sechziger Jahre, der Ideologie des Ewig-Gestrigen, sodaß sie selbst von Teilen der Kirche links überholt wurde und heute nicht einmal mehr mit der blutigen Vision Millionen Abgetriebener die Massen hinterm Ofen hervorlocken kann. (Ohne den Abtreibungsparagraphen wäre der Wahlsieg der SPÖ wahrscheinlich noch viel deutlicher ausgefallen.)

Als eine politische Ironie muß die relative Stabilität des FPÖ-Stimmenanhangs bezeichnet werden: auch sie ist Kreisky zu verdanken. Zweimal war die FPÖ potentieller Koalitionspartner mit der SPÖ, ja ihr bevorzugter politischer Partner. Es wird sich zeigen, ob diese Frustrationen des zweimal Sitzengelassen-Werdens von dieser FPÖ-von-Kreisky-Gnaden verwunden werden können. Die Anstrengungen waren zu groß, so schön lieblich-liberal zu scheinen wie dies der Brautwerber ständig in die Welt hinausposaunte. Wenn der unnütz aufgesetzte Hochzeitsschleier ein zweites Mal gefallen ist, könnte es mit dieser Partei endgültig vorbei sein.

Bleibt noch die KPÖ. Daß sie, weit davon entfernt, ihr Wahlziel zu er-



dem im Ansehen und Respekt seitens der Arbeiter und Angestellten sinken – die keineswegs nur Opfer des Antikommunismus sind (für so dumm hält sie nur die KPÖ) –, um endlich zur Besinnung zu kommen?

Zur GRM genügen zwei Feststellungen: sie ist geschwächt, gespalten aus der Kandidatur hervorgegangen; die öffentliche Sympathieerklärung ihres Vorsitzenden über die IBERIA-Aktion nach der Solidaritätsdemonstration für Spanien, grenzt an politischen Schwachsinn, wenn man es gutmütig, an politische Provokation, wenn man es streng beurteilen will.

Wir haben mit unserer Stellungnahme zu den Wahlen in allen Punkten recht behalten, was nur heißt, daß wir einige der Voraussetzungen für unsere zukünftige Arbeit richtig eingeschätzt haben. Nun heißt es auch für uns, unsere laufenden Arbeiten mit noch mehr Energie zu betreiben, deren Schwerpunkt unverändert die Aufgabe ist, eine linke Alternative zur SPÖ und KPÖ aufzubauen, frei von Sektierertum, frei von Opportunismus, frei sowohl vom Einfluß der Blöcke als auch der Großmächte auf unsere Politik.

Zsolt Patka ★

reichen, nämlich ins Parlament zu kommen, weiter Stimmen verlieren wird, war vorauszusehen. Das Ergebnis einiger wichtiger Betriebsratswahlen mit dem Verlust von KP-Mandaten war ein sicheres Zeichen dafür. Wenn diese Entwicklung – so wie es die KPÖ-Analyse tut – der Logik der Krisenangst, der Bange um die Arbeitsplätze allein zugeschrieben wird, muß die KPÖ die Krisen des Kapitalismus fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Auch wir lehnen die Theorie ab, daß Krisen automatisch zu einem Linksruck in der Arbeiterschaft führen. Wir meinen jedoch, daß die Konjunktur einer Arbeiterpartei nicht unmittelbar mit dem Zyklus der Kapitalverwertung verbunden werden kann, soll, darf. Dies ist objektiv nicht der Fall und subjektiv – wenn schon – korrigierbar! Dies zeigt Italien, Spanien, Frankreich, Portugal. Diese KPÖ argumentiert wie ein armseliges Objekt der rauen österreichischen Wirklichkeit, ihrer Intrigen und Verschwörungen. Immer sind die Umstände schuld, die anderen, der Antikommunismus des bösen Kreisky, die Chaoten (an die man in Wahlzeiten nichtsdestoweniger in "Liebes"-Briefen wahlwerbend herantritt), alles ist Schicksal!

Durchschaut denn das wirklich niemand von den mutigen Künstlern und Intellektuellen, die sich in einem

Wahlauf Ruf für die KPÖ ausgesprochen haben? Wie ist es überhaupt mit der Mehrzahl dieses Wahlkomitees: haben sie wirklich für die KPÖ oder eigentlich gegen die Sozialdemokratie plädiert? Wird aber eine Partei dadurch alternativ zur Sozialdemokratie (bei Parlamentswahlen!), daß sie sich kommunistisch nennt und auch solche Leitsätze propagiert? Ist nicht ihre Politik das entscheidende Kriterium bei ihrer Beurteilung? Bei einigen der jungen KP-Sympathisanten muß man annehmen, daß sie mehr ihren Gefühlen als ihrem politischen Urteil und Verstand folgen – oder sie haben einen guten Magen, was bei einer bestimmten Auffassung von Politik nicht unwichtig sein dürfte. Opportunismus ist ein Begriff, der automatisch mit rechts und in der Regel mit der Sozialdemokratie assoziiert wird. Aber der Linksoportunismus, mit dem Lenin schon seine liebe Not hatte, ist nicht minder geläufiges "Gut" der Arbeiterbewegung und ihren Parteien, und da mangelt es nicht an Beispielen, um dies bei der KPÖ nachzuweisen. Ihr letztes Husarenstück war die mindestens so ekelerregende Distanzierung von der Aktion vor dem Reisebüro IBERIA wie Kreiskys Ausfälle vor dem Wahltag, als er knapp vor dem Ziel einige Felle davonschwimmen sah.

Wie tief muß noch diese Partei nicht nur in der Anzahl der Stimmen, son-

der lange marsch
zeitung für eine
neue linke

Nr. 16 (April 75)
"Antifaschistisches Aktionsprogramm der SPD"
"Die Entführung aus unserer Sicht" (Lorenzentr.)
"Schlamm Schlacht und Wattlepusten" (Hochschulpol.)
"SEW-Die Zärtlichkeit einer Krake"
"Die Linke-Die Türkei-türkische Arbeits-
emigranten"
"Materialien zur Wyhlarbeit" "Vietnam"

Nr. 17 (Juni/Juli 75)
"Der deutsche Nazismus-kein Schritt vorwärts,
zwei nach rechts!"
"Portugal-das Volk lernt im Kampf"
"Spanien-die Uhr läuft ab"
Kritik der Thesen des SB
GEW-Berlin:Ergebnisse der Neuwahlen
"Strategie eines betrieblichen Abwehrkampfes"
Redebeiträge der HAW(Homosexuelle Aktion Westberl.)
"Was ist Klassenbewußtsein"-Lucács-Rezeption
"Vietnam - kontrovers"

"2. Manifest der Arbeiter der Zeitung Republica"

Redaktion: LM c/o Buchladen „Commune“
1 Berlin 45, Unter den Eichen 84 d
Einzelabo: über Redaktion;
6 Ausgaben + Versandkosten = 10,80 DM
Vorauszahlung auf Postcheckkonto
Nr. 4020 94-104, D. Schütte, Pache Bin-W.

Vertrieb: an Wiederverkäufer (BRD)
Maulwurf, 1 Berlin 62, Crellstr. 22
Preis: Berlin-West = 1,00 DM – BRD = 1,20 DM

Ein „Hohelied“ auf die Sozialpartnerschaft

Wer erwartet hat, daß sich der 8. ÖGB-Bundeskongreß ausführlicher mit Maßnahmen beschäftigen würde, wie den Angriffen der Unternehmer am wirksamsten entgegengetreten werden könnte, der wurde enttäuscht. Unsere Befürchtungen haben sich bestätigt. Bereits der erste Tag des Kongresses stellte die "Weichen" auf Beibehaltung des bisherigen Kurses. In Wahlreden, anders kann man bei bestem Willen die Eröffnungsreden von Benya, Gratz und Kreisky nicht bezeichnen wurde das Hohelied der "Erfolgsbilanz der letzten fünf Jahre" (sprich SPÖ-Regierung) gesungen. Die "verantwortungsbewußte Politik" des ÖGB wurde natürlich ebenfalls gebührend gelobt. Höhepunkt dieser "Sozialpartnerschaftselogie" war das Auftreten des Bundespräsidenten Dr. Kirchschräger, der dem ÖGB für seine Leistungen höchste Anerkennung aussprach.

Benya, sichtlich gerührt um soviel Ehre, meinte schließlich "die Kritiker an der Politik des ÖGB werden sich schämen, wissend um die Erfolge diesen zu kritisieren".

Nun wir taten dies am Kongreß und werden es weiter tun ohne uns zu schämen.

Natürlich bestreiten wir nicht, daß es Verbesserungen gab. Verschwiegen wurde jedoch, daß diese Verbesserungen nicht den Unternehmern abgerungen wurden sondern mit ihnen zumeist hinter dem Rücken der Arbeitenden ausgehandelt wurden. Verschwiegen wurde, daß der Verzicht, die Arbeiter zu mobilisieren, dazu führte, daß die Erfolge weit geringer waren als es den Möglichkeiten entsprochen hätte.

Man kann doch kaum von Erfolgen sprechen, wenn in den letzten Jahren die Unternehmer weit höhere Gewinne als die Arbeiter Löhne (prozentuell) erzielen konnten. Daß dies der Fall ist, wagt nicht einmal der ÖGB zu bestreiten.

Noch problematischer wird die "Erfolgsbilanz" des ÖGB, wenn sie – wie ziemlich deutlich wurde – als Grundlage für die Zukunft betrachtet wird.

Dies zeigt die "wirtschaftspolitische Resolution", aus der wir einige Sätze zitieren, um nicht der fälschlichen Interpretation bezichtigt zu werden:

"... In den kommenden Jahren ist nicht damit zu rechnen, daß das Bruttonationalprodukt in den Industriestaaten (einschließlich Österreich) weiterhin so rasch wachsen kann wie in den letzten Jahren. Auf diesen Umstand wird die gesamte Wirtschaftspolitik – einschließlich der Einkommenspolitik – Rücksicht zu nehmen haben. Angesichts des kleiner werdenden Wirtschaftswachstums und der Betonung der Gemeinschaftsleistungen werden die Einkommenssteigerungen in nächster Zeit geringer sein..."

"... Gerade angesichts der vermutlich kleiner werdenden Spielräume für direkte Lohnerhöhungen (Hervorhebung v. d. Redaktion) werden..."

Hier wird bewußt die Arbeiterschaft auf Lohneinbußen vorbereitet und

aufgefordert, im Interesse des "Sozialpartners" Kapital Enthaltbarkeit zu üben.

Diese Resolution wurde sowohl von der Gewerkschaftlichen Einheit als auch von der KP-Fraktion auf Grund ihres prinzipiellen Inhaltes abgelehnt, auch wenn es in ihr Forderungen in Einzelfragen gibt, die wir selbstverständlich unterstützen.

Der ÖGB geht also auf "Verzichtkurs", um damit angeblich die Krise zu meistern. Konkret jedoch bedeutet das, die Logik des Kapitals anzuerkennen und auf den Kampf für die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu verzichten. Daß diese Politik weder die Verhinderung der Krise noch die Vollbeschäftigung garantiert, zeigt deutlich die BRD. Dort praktiziert der DGB seit zwei Jahren diesen Kurs. Das Ergebnis: Massenarbeitslosigkeit und Wirtschaftsschrumpfung.

Trotz einzelner Kritik am Kongreß hat der Kongreß keine Alternativen zur Veränderung der ÖGB-Politik gebracht.

Es wird daher an den Arbeitern in den Betrieben liegen, Maßnahmen zu setzen, die den ÖGB zwingen, als Klassenorganisation seiner Funktion gerecht zu werden. ★

Betriebsratswahlen in Österreich

Im Herbst begann in Österreich wieder die Betriebsratswahlperiode. Die ersten Ergebnisse sind bereits bekannt und lassen einige Schlüsse zu. Nach Ablauf der Wahlperiode wird es notwendig sein, die Ergebnisse zu analysieren, denn genauer als jede andere Wahl geben diese die Stimmung der Arbeiter in den Betrieben wieder.

Kennzeichnend und gemeinsam sind allen Resultaten die Erfolge der SPÖ in erster Linie auf Kosten des GLB (KP-Fraktion). Sicherlich gab es da und dort Ausnahmen (einige fortschrittliche Namenslisten konnten Positionen erringen), aber an der schweren Niederlage der KPÖ gibt es keinen Zweifel.

Für uns sind diese Ergebnisse kein Grund zur Schadenfreude, auch wenn

sie beweisen, daß "die Verankerung" der KPÖ in den Betrieben eher Illusionen einiger Linker als der Realität entspricht. Diese Niederlagen sind Niederlagen der Linken, die nicht imstande war, eine attraktive Alternative zur SPÖ zu bieten. (Dies gilt auch dann, wenn man berücksichtigt, daß in den Betrieben, in denen GE-Funktionäre kandidierten, positive Ergebnisse erreicht werden konnten, wie bei Göerz und Felten & Guillaume).

Bezeichnend ist, daß in Betrieben gewählt wurde, die vor großen Schwierigkeiten stehen und wo Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit droht. Dennoch erwarteten sich anscheinend die Arbeiter und Angestellten eher eine Hilfe von der SPÖ als von der KPÖ. Für uns wird es wichtiger sein, hier

die Ursachen dafür zu finden. Noch wichtiger wäre es für den GLB, sich kritisch mit den Wahlen auseinanderzusetzen.

Noch am 5. September 1975 veröffentlichte die "Volksstimme" einen Artikel vom Sekretär Streiter, in dem auf die großen Erfolge des GLB in der vorangegangenen Betriebsratsperiode hingewiesen wurde. (Von 40% Stimmengewinnen, von 238 neuen Mandaten wurde berichtet usw.) Dies alles sei der konsequenten Politik der KPÖ zuzuschreiben und der Trennung von der "Kodicek-Gruppe". Der Mißerfolg bei der Arbeiterkammerwahl wurde zu einem Erfolg des GLB umfunktioniert und die Zukunft hoffnungsvoll eingeschätzt.

Nun, die GE-Funktionäre hindern die KP-Fraktion nicht mehr. Wer trägt jetzt die Verantwortung für die Niederlagen?

Um das Ausmaß dieser Niederlagen verstehen zu können, sei erwähnt, daß in vielen Betrieben die KP hinter das Ergebnis ihrer schlechtesten Zeit 1969 fiel. (In Ternitz, Mürz-zuschlag, Judenburg, den größten Betrieben der Edeltahlindustrie, flog sie aus dem Betriebsrat; in Semperit-Traiskirchen, einst Hochburg der KP, ist sie nicht mehr im Betriebsrat; in Wimpassing ist sie auf 1 Mandat reduziert worden.)

Ein konkretes Beispiel wollen wir noch anführen. In den VMAG Radenthein gab es 1972 folgendes Resultat: SP 7, KP 5, ÖAAB 2, PF 1. Damals, wir schrieben kritisch darüber, verbündete sich die KP mit ÖVP und Parteifreien, stellte den Betriebsratsobmann und schaltete mit rechter Unterstützung die SPÖ aus. Ein Schritt der den Arbeitern des Werkes unverständlich war.

Die Rechnung bekam die KPÖ auch prompt präsentiert. SPÖ 11, KP 2, ÖAAB 1 und PF 1 Mandat, lautet jetzt der Stand.

Die Ergebnisse der Wahlen zeigen jedenfalls deutlich, daß eine undifferenzierte Entlarfung der SP, die sich oft nicht von der des ÖAAB unterscheidet; eine Gleichsetzung von SP und ÖVP; und eine unkritische Haltung zu den Oststaaten dem Anspruch nicht genügt, eine linke Perspektive zu eröffnen.

S.M. ★

Berufsausbildung in der Sackgasse

Die ÖVP plakatiert als "SPÖ-Skandal Nr. 1" den Text "Diese Regierung kann nicht einmal die Arbeitsplätze der Lehrlinge sichern". Und damit wird gleich der ÖVP-Skandal offenbar. Denn Lehrlinge suchen keinen Arbeitsplatz, sondern eine Lehrstelle, d.h. eine Stätte der Ausbildung. Für die ÖVP sind eben auch im Wahlkampf Lehrlinge nur Ausbeutungsmaterial wie alle Arbeiter und Angestellten. Und damit hat sie sich trotz sozialer Demagogie wieder einmal verraten.

In einem aber hat sie recht, Lehrstellen sind nicht nur knapp, sondern es gibt zu wenige. In Deutschland ist die Katastrophe schon vor einem Jahr eingetreten. 1973 waren noch mehr Lehrstellen als Suchende vorhanden, im Herbst 1974 fanden 100.000 Schulabgänger keinen Lehrplatz. In Österreich ist es mit der üblichen Verspätung heuer so weit. 46.000 Lehrstellensuchenden stehen nur 35.000 Lehrplätze gegenüber. Das bedeutet, daß fast ein Viertel der Schulabgänger nur als Hilfsarbeiter arbeiten können wird, oder ein Jahr verliert um dann nochmals zu versuchen, einen Lehrplatz zu ergattern.

Die Reaktion der Unternehmer auf die Ausbildungsmisere zeigt, daß sie - voran die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft - keineswegs die Absicht haben, auf die billige Arbeitskraft "Lehrling" zu verzichten, sondern, im Gegenteil, daraus noch mehr Profit ziehen wollen. Die durchschnittlichen Lehrlingsentschädigungen liegen im ersten Lehrjahr bei etwa 200,-, im zweiten rund 280,- und im dritten bei 350,- Schilling. Dazu muß betont werden, daß der Schnitt durch die Entschädigungen der Maurerlehrlinge, die ca. das Doppelte des Durchschnitts beziehen, noch gehörig aufgebessert wird.

Ein Lehrling kostet z.B. die ITT-Austria rund 37.000,- Schilling im Jahr. Das ist aber schon überdurchschnittlich teuer, da die ITT eine eigene Lehrwerkstätte mit eigenen Ausbildnern besitzt. Die Unternehmerzeitschrift "Die Wirtschaft" operiert

mit einer Hausnummer von 35.000,- Schilling, die aus der einfachen Umrechnung von statistisch eruierten Ausbildungskosten in der BRD resultiert und von der als sicher angenommen werden kann, daß sie für österreichische Verhältnisse zu hoch ist. 25.000,- Schilling ist wahrscheinlich nicht zu niedrig angesetzt (Lehrlingsentschädigung plus Kosten für den Lehrplatz, also Ausbilder, Material etc.). Aber das bedeutet nichts anderes, als daß der Lehrling sich nicht nur "amortisiert", sondern darüber hinaus zusätzlichen Gewinn abwirft, der mit fertig ausgebildeten und damit teureren Arbeitskräften nicht erzielbar ist. Gerade bei Klein- und Mittelbetrieben ist der Lehrling ein billiger Betriebswurschtl.

Aus der derzeitigen "Lehrlingskrise" und einer vagen Äußerung von Handelsminister Staribacher (dem interessanterweise die Ausbildungsfragen obliegen), daß an die Errichtung einzelner staatlicher Lehrwerkstätten als Notnagel gedacht sei, schloß die Bundeswirtschaftskammer die Dringlichkeit der vehementen Verteidigung des dualen Ausbildungssystems. Sie will das garantiert haben. Und zwar durch folgende Vorschläge: Steuerliche Abschreibbarkeit von Lehrlingen (Steuerfreibetrag für jeden Lehrling) und die Dequalifizierung der ohnedies schon miserablen Ausbildung durch Erhöhung der zulässigen Zahl der Lehrlinge pro Ausbilder. Die billige Arbeitskraft soll nicht nur erhalten bleiben, sondern die Unternehmer wollen auch noch für ihre Ausbeutung belohnt werden.

Fortschrittlichen Gewerkschaftern muß die Konsequenz aus den Anmaßungen der Unternehmerkammern klar sein, die schlüssige Antwort förmlich aufdrängen: Weg mit dem Ausbildungsmonopol der Privatwirtschaft. Es läßt sich im Kapitalismus nicht verhindern, daß die Arbeitskraft der Produktion des Profits dient. Aber es muß die Aufgabe von Gewerkschaftern sein, der Arbeiterjugend zu ihrem legitimen Recht auf eine qualifizierte Be-



rufsausbildung zu verhelfen - indem sie es durchsetzt. Die Privatwirtschaft kann die Ausbildung, wie sich deutlich zeigt, nicht garantieren. Wir fordern daher öffentliche Lehrwerkstätten, die unter der Kontrolle der Gewerkschaften und der Jugendvertrauensräte stehen. Wir wissen, daß die Gewerkschaften über genügend Spezialisten verfügt, um mit diesem Problem fertigzuwerden. Die Lehrlingsentschädigung, die gegenwärtig den Charakter einer Minimalstentlohnung trägt, müßte in ein Ausbildungsstipendium in der Höhe des durchschnittlichen Lohns eines ausgelern-ten Arbeiters umgewandelt werden. Die Kosten, die dadurch entstehen, daß für die Unternehmer profitbringende Arbeitskraft "produziert" wird, sind folglich auch von diesen in Form einer zweckgebundenen Ausbildungssteuer zu tragen.

Darüber hinaus wird es unerläßlich sein, die Berufsberatung zu verändern. Sie erfolgt im Moment im Interesse der Unternehmer und dient dazu, die Nachfrage nach Lehrstellen in bestimmte Bahnen zu lenken. Die Berufsberatung muß endlich den Interessen der arbeitenden Jugend dienen. Dies wird aber nur im Zusammenhang mit öffentlichen Lehrwerkstätten realisierbar sein.

Unser Ziel ist die vollständige Überwindung des dualen Ausbildungssystems. Das wird nicht dadurch erreicht, daß man mehr Berufsschultage fordert, sondern nur dadurch, daß die Trennung der Ausbildung in geistige und körperliche Arbeit aufgehoben wird. Wir treten daher für die Einführung einer zwölfjährigen Schulpflicht und ab der neunten Schulstufe eines polytechnischen Unterrichts unter Verwendung von öffentlichen Lehrwerkstätten ein.

Mit dem Ende der zwölfjährigen Schulpflicht muß die Hochschulreife gegeben sein.

DIE AKTION '75 DER ÖGJ

Diese Aktion ist insofern zu begrüßen, als sie zeigt, daß auch die ÖGJ erkannt hat, daß in unserem Berufsausbildungssystem manches faul ist. Sie erkennt z. B. richtig, daß es mit der Allgemeinbildung an den Berufsschulen nicht zum Besten steht, eher zum Allerschlechtesten. Es ist vollauf berechtigt, zu verlangen, daß die Schüler schon in der Pflichtschule mit Problemen der Arbeitswelt konfrontiert werden sollen. Die Forderung nach der Durchlässigkeit der Lehrlingsausbildung ist jedoch keineswegs ausreichend. Wir werden sie unterstützen, aber zugleich werden wir die echte Alternative aufzeigen: Abbau der Benachteiligung der Lehrlinge! Gleiche und gemeinsame Ausbildung aller Jugendlichen bis zur Hochschulreife!

Auch die Forderung nach paritätisch besetzten Organen zur Kontrolle der Berufsausbildung wird am Status quo nichts ändern. Wir müssen darüber hinausgehend dafür eintreten, daß der Privatwirtschaft jeder Einfluß auf das Ausbildungssystem entzogen wird.

Das Verlangen nach einer institutionalisierten wissenschaftlichen Berufsforschung ist völlig richtig, gleichzeitig muß vollste Klarheit darüber bestehen, daß Planung des Ausbildungsangebots in einer Gesellschaft, die nach Marktmechanismen funktioniert, faktisch unmöglich ist.

Bei der Lehrlingsentschädigung verlangt die ÖGJ, daß im ersten Lehrjahr 40, im zweiten 60 und im dritten 80% des Lohnes (Gehaltes) bei abgeschlossener Ausbildung zu bezahlen sind. Unseres Erachtens ist jedoch unnötig, derart zu differenzieren, da auch bei 80% der Lehrling noch immer Überschussprofite einbringt. Daher fordern wir eben den durchschnittlichen (Lohn) Gehalt eines Ausgelern-ten für Lehrlinge.

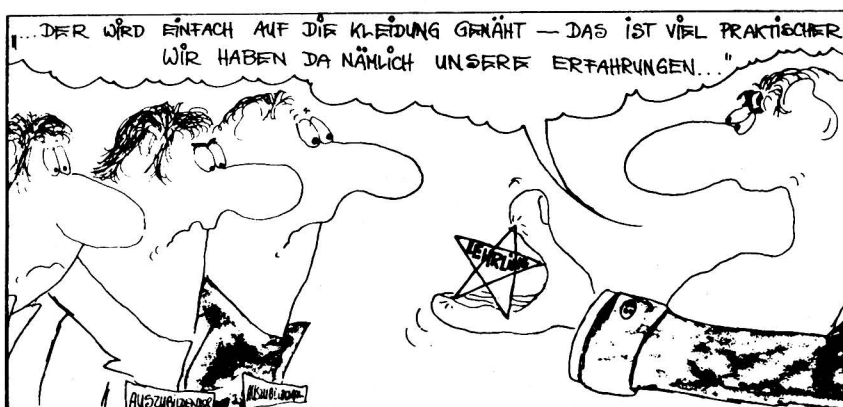
Im großen und ganzen ist die "Aktion '75" kritisch zu unterstützen, gleichzeitig ist aber auf ihre Begrenztheit hinzuweisen. Diese tritt überall dort zutage, wo in sozialpartnerschaftlicher Manier für verschiedene Gremien und Fonds paritätische Besetzung verlangt wird. Sie tritt überall dort auf, wo der Versuch unternommen wird, das jetzige Berufsausbildungssystem zu verbessern, anstatt es zu überwinden.

UNSERE AUFGABEN

Angesichts des offensichtlichen Bankrotts der Berufsausbildung wird es die Aufgabe aller linken und revolutionären gewerkschaftlichen Kräfte sein, an Hand des Programmes "Aktion '75 der ÖGJ" in der Gewerkschaftsjugend mehr als bisher als anti-sozialpartnerschaftliche Tendenz zu arbeiten. Wir müssen aufzeigen, daß die ÖGJ die Misere zwar erkannt hat, aber daß ihre Forderungen letztendlich keinen Ausweg aus der Sackgasse bieten werden.

Wir müssen klarmachen, daß es nicht nur um eine bessere Ausbildung für Lehrlinge geht, sondern um eine qualitativ andere, gleiche und gemeinsame Ausbildung aller Jugendlichen. Wir müssen der Forderung der "Aktion '75", die da lautet "Für eine moderne Berufsausbildung" (Untertitel der Aktion) eine andere, sozialistische gegenüberstellen: "FÜR EINE BERUFS-AUSBILDUNG IM INTERESSE DER ARBEITERKLASSE!"

Unter diesem Leitmotiv stehen auch unsere Forderungen, mit denen wir über den von der Sozialpartnerschaft vorgezeichneten Rahmen des ÖGJ-



Programms hinausgehen. Fragen der Ausbildung sind Klassenfragen. Wir müssen überprüfen: Wer bildet aus und wem nützt die Ausbildung? Und wem soll sie eigentlich nützen?

Forderungen linker Gewerkschafter müssen der Masse der Arbeiter und Angestellten nützen. Auf andere Interessen brauchen wir keine Rücksicht zu nehmen. Aus dieser Überlegung heraus haben wir unsere Programmpunkte erarbeitet.

- + Weg mit dem dualen Ausbildungssystem!
- + Weg mit dem privaten Ausbildungsmonopol!
- + Für die gemeinsame Ausbildung aller Jugendlichen nach Prinzipien der polytechnischen Bildung unter Verwendung öffentlicher Lehrwerkstätten!
- + Kontrolle der Gewerkschaften und der Vertreter der Auszubildenden über die Berufsausbildung!
- + Alle Ausbildungskosten sind von den Nutznießern einer qualifizierten Ausbildung – den Unternehmern – zu tragen!
- + Weg mit der Lehrlingsentschädigung – für Ausbildungsstipendien in Höhe des durchschnittlichen Arbeiterlohns!
- + Für zwölf Jahre Pflichtschule!
- + Gegen das Bildungsprivileg – Hochschulreife für alle!

Helmut Mayer ★



Kündigungen - und was man dagegen machen kann

Nach wie vor ist der Slogan "Vollbeschäftigung" von allen Seiten zu hören. Dennoch vermehrt sich die Zahl der Betriebe, die eine "schlechte Ertragslage" ausweisen und sich daher von bewährten "Mitarbeitern" trennen. In einer der letzten Nummern unserer Zeitung haben wir über die Gegenmaßnahmen der Arbeiter der Fa. Wertheim berichtet. Dort wurde dem Wunsch der Geschäftsleitung, Arbeiter auf die Straße zu setzen, Widerstand geleistet und es gelang dem Betriebsrat durch die Unterstützung der Arbeiter die Arbeitsplätze bis auf weiteres zu sichern. Es muß aber berücksichtigt werden, daß die Struktur der Fa. Wertheim, viele Facharbeiter, vielfältiges Produktionsprogramm, diesen Kampf erleichterte, da es Abteilungen gab, die voll ausgelastet waren. Gerade an diesem Beispiel aber wurde die Notwendigkeit der Solidarität unter den Arbeitern im Betrieb sichtbar.

Die Fa. Göerz, Tochterfirma der BBC-Mannheim, kam ebenfalls in eine Krisensituation. Wie es so üblich ist, überreichte die Firmenleitung dem Arbeiterbetriebsrat eine Liste mit 47 Namen von Arbeiterinnen und Arbeiter, die "freizusetzen" seien.

Unbestritten ist, daß bei Göerz derzeit die "Ertragslage" nicht den Erwartungen der Geschäftsführung entspricht. Diese Entwicklung war jedoch schon länger voraussehbar, und hatte dazu geführt, daß der Betriebsrat bereits im Feber intervenierte und konkrete Maßnahmen verlangte. Alle Vorschläge des Betriebsrates wurden aber ignoriert und es wurden im Gegenteil "rosige Umsatzerwartungen" bekanntgegeben und Neuaufnahmen vorgenommen.

Ob diese Haltung der Firmenleitung auf deren Unfähigkeit zurückzuführen ist, oder ob sie auf Wunsch der ausländischen Herren erfolgt ist, läßt sich nicht beantworten. Zum Handkuß kommen auf alle Fälle die Arbeiter im Betrieb. Fest steht auch, daß das vielgepriesene Arbeitsverfassungsgesetz ein wirkungsloses Instrument ist, da die Unternehmer nicht gezwungen werden können – wie es sich gezeigt hat –, die Forderungen der Arbeitervertreter zu berücksichtigen, geschweige denn bereit sind, in den Gremien, wo die wirklichen Entscheidungen getroffen werden, den Betriebsrat in irgendeiner Form mitbestimmen zu lassen.

Auch die Haltung des ÖGB, zwar allgemein von der "Arbeitsplatzsicherung" zu sprechen, aber in der konkreten Situation der "wirtschaftlichen Argumentation" der Unternehmer zu folgen, beraubt in der Praxis die Arbeiterschaft des betroffenen Betriebes einer wirksamen Unterstützung im Kampf für die Erhaltung der Arbeitsplätze.

In einer derartigen Lage steht ein linker Betriebsrat vor schwer zu lösenden Problemen. Einerseits steht er mehr oder weniger ohne gewerkschaftliche Unterstützung allein da, und Kampfmaßnahmen wie Streik, Überstundeneinstellung und ähnliches, haben in der Krise kaum ihre Wirkung (wobei es oft fraglich ist, ob die Arbeiterschaft überhaupt bereit ist, diese Maßnahmen zu ergreifen), andererseits ist er verpflichtet, in erster Linie die unmittelbaren Interessen der Betriebsarbeiterschaft wahrzunehmen und das "bestmögliche" im konkreten Fall zu erreichen. Es sind ihm daher im innerbetrieblichen Bereich enge Grenzen gesetzt.

AUF

EINE FRAUENZEITSCHRIFT

Erscheint viermal jährlich / 2. Jahrgang
Heft 5 erscheint im Oktober

INHALT

Simone de Beauvoir spricht mit
Jean-Paul Sartre über Feminismus
Prostituierte kämpfen (Frankreich)
Geschichte der Prostitution
Krankenhausgeschichten

Bestellungen an:
AKTION UNABHÄNGIGER FRAUEN
Tendlergasse 6/1-2, A-1090 Wien

Einzelheft S 15,-
Abonnement S 56,-, DM 10,-, sfr 11,50
(inkl. Porto)



Bei Göerz verteilten einige linke Gruppen Flugblätter, in denen sie auf die Verantwortung des Kapitalismus für die Krise hinweisen, in denen die Abwehr der Kündigungen verlangt wurde und Kurzarbeit bei vollem Lohnausgleich. Berechtigte Forderungen, aber in keinem Flugblatt konnte ein Weg zur Realisierung dieser Forderungen konkret aufgezeigt werden. In einer Situation, in der die Gewerkschaft von der "Sozialpartnerschaft" ausgeht, werden diese Flugblätter von den Arbeitern als leere Phrasen und nicht als konkrete Hilfe aufgefaßt.

In einer Anzahl von Vollversammlungen wurde die Arbeiterschaft des Betriebes vom Betriebsrat informiert und konkrete Maßnahmen beschlossen, die der BR verlangen sollte. Es

wurden alle Entscheidungen diesen Vollversammlungen übertragen und durch diese Art des Auftretens eine Reihe Teilerfolge erreicht. (Drastische Reduzierung der Kündigungen, Sonderzuschüsse bei freiwilligem Ausscheiden, günstige Kurzarbeitsbedingungen und ähnliches).

Dennoch gab es auf einem entscheidendem Gebiet keinen Erfolg. Das ist auch dem Betriebsrat bewußt. Die Geschäftsführung kann weiterhin ihre Politik verfolgen, und in drei Monaten, falls sich die betriebliche Situation nicht ändert, wird es wieder zu Angriffen auf die Existenzbedingungen der Göerz-Arbeiterschaft kommen.

Die Grenzen des innerbetrieblichen Kampfes wurden deutlich sichtbar. Eine informierte und mobilisierte Arbeiterschaft kann gemeinsam mit einem fortschrittlichen BR auch in einer Krisensituation Teilerfolge erreichen, aber der Kampf um eine längerfristige Abwehr der Angriffe der Unternehmer kann nur durch einen solidarischen Kampf aller Betriebe erfolgen mit einer kampfbereiten Gewerkschaft.

H. M.



- aber nur die Aktionäre. Nun, wo es kriselt, wo der Verputz von der Fassade rieselt, kommt die ganze Schäbigkeit der selbststüchtigen Gewinnpolitik auf Kosten der Arbeiter und Angestellten zu Tage.

Es ist wohl anzunehmen, daß die Aktionäre des Unternehmens ihr Scherflein im Trockenen haben. Wer aber hat diesen Leuten zu ihren Gewinnen verholfen? Das waren diejenigen, denen man zum Jahresende das Tor vor der Nase zuschlägt! Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen. Denn vielleicht ein oder zwei Jahre hindurch weniger zu verdienen (ich will hier gar nicht reden von eventuellen Verlusten), kann man doch so einem "armen Aktionär" nicht zumuten. Wahrscheinlich ist es aber so, daß man statt 300 Prozent nur mehr 150 Prozent verdient. Da sperrt man eben lieber zu. Die jahrelang Ausgequetschten - wen kümmern die schon? Hauptsache man hat in der Zeit der guten Auftragslage nicht zuviel Löhne und Gehälter berappen müssen. Altkapitalist Mayer-Gunthof wußte schon, wie man die Leute am Gängelband führt, wie man "Arbeitervertreter" an der Nase herumführt und diese sich noch dafür bedanken.

Und die Leute, die nach ihm kamen, wissen ganz genau, daß sie dieses Werk ohne den geringsten Protest seitens der Arbeiterschaft schließen können.

Man hat ja schließlich Erfahrung, wie man die Einigkeit zersplittern und untergraben kann. Man braucht den einheimischen Arbeitern nur zu sagen, die Ausländer hätten schlecht gearbeitet. Man braucht nicht mehr zu tun, als zu versprechen, daß die "besseren" nach Vöslau überstellt werden. Sogleich hofft jeder zu diesen Ausgewählten zu zählen, und jeder wird den Mund halten, der Dinge harrend, die da kommen. Das ist die Methode. Überall wird sie angewendet, von einer Seite Europas zur anderen.

Unsere Gemeindevertreter von der SP und ÖVP haben sich bisher gehütet, auch nur die geringste Stellungnahme abzugeben, genau wie im Fall Vereinigte Färbereien, wo es auch nicht zum Besten steht.

Aber scheinbar steht das SPÖ-Programm zur Sicherung der Vollbeschäftigung nicht einmal auf dem Papier.

Kammgarn, was nun?

Es ist ein offenes Geheimnis, daß das Zweigwerk der Vöslauer Kammgarn in Möllersdorf auf tönernen Füßen steht! In all den Jahrzehnten, in denen dieses Werk florierte, hat die Unternehmensleitung der Arbeiterschaft nur wenige soziale Zugeständnisse gemacht. Man kann wohl ruhig behaupten, daß in keinem Betrieb unserer Gemeinde die Arbeitnehmer so unterbezahlt waren, als in diesem. Die wenigen Lohnkämpfe, die es in dieser Periode der Konjunktur gab, wurden manchmal sogar mit Hilfe des mehr als schwachen Betriebsrates abgewürgt.

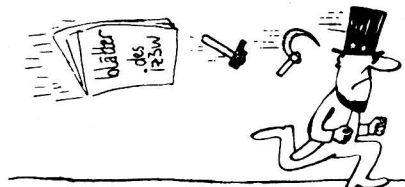
Jetzt steht dieses Unternehmen vor der Schließung. Man sei nicht mehr konkurrenzfähig, heißt es! Wohl hat man in den guten Jahren gut verdient

blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt

+ Nestle als Babykiller + Geheimgutachten zur Kulturpolitik der BRD in Indonesien + Wie China das Ernährungsproblem löste + NATO: Faktische Militärallianz mit Südafrika + VW do Brasil + Sahel-Zone: Die sozio-ökonomischen Ursachen der Hungersnot + Argentinien nach Peron Vietnam: Zur aktuellen Lage +

Das sind einige der Themen, die in den letzten Hefen der blätter des iz3w behandelt wurden.



Die in 10 Ausgaben pro Jahr erscheinende Zeitschrift + enthält regelmäßig eine „Chronik der abhängigen Welt“

+ gibt Aufschluß über den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Wirtschaftsstruktur und dem Elend der Massen in der Dritten Welt
+ beleuchtet die „Entwicklungshilfe“, ihre Hintergründe und Auswirkungen
+ setzt sich in einer „Ideologiekritik-Serie“ mit den Vorstellungen der bürgerlichen Entwicklungsländertheorie und -politik auseinander
+ erörtert Theorie und Praxis der fortschrittlichen Widerstandsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt
+ nimmt Teil an der Diskussion über die Strategie der Internationalismusgruppen

Jahresabonnement bei 10 Nummern mit 40-60 Seiten: DM 25,- (für Studenten etc. DM 18,-)

Informationszentrum Dritte Welt 78 Freiburg, Postfach 5328 Tel. 0761/74003 Probeexemplar anfordern!

Absender (bitte in Druckschrift)

Probe-Exemplar an:

Man begnügt sich in der SP-Wahlpropaganda mit dem Wölkchen...
FÜR WEITERE FÜNF GUTE JAHRE !

Für einige Arbeiter und Angestellte in Möllersdorf hängen diese fünf guten Jahre nicht an Wölkchen, sondern an Fabrikstoren.

Es wäre wohl an der Zeit, daß sich

die Mehrheitsfraktion in der Gemeinde angesichts der mehr als beunruhigenden Situation zu einer Beschlüßfassung zugunsten der Arbeiterschaft durchringt !

W. H. (aus: "Traiskirchner Gemein-
denachrichten") ★

Solidarität – aber wie?

Am zweiten Jahrestag des faschistischen Putsches in Chile und die in diesem Zusammenhang durchgeführten Solidaritätsaktionen in Österreich hat wieder einmal die Schwäche der Linken in Österreich gezeigt.

Wieder einmal gelang es nicht die parteipolitischen Interessen hintanzustellen, wieder einmal wurde "getrennt marschiert".

Daß diese Haltung den Solidaritätsgedanken nicht förderlich ist, beweist die Teilnahme an den diversen Aktionen.

Wir glauben, daß es an der Zeit ist, diesem innerlinken Hick-Hack ein Ende zu bereiten und Versuche gesetzt werden müssen, die Solidaritätsaktionen (und das gilt nicht nur für Chile) zu gemeinsamen Aktionen der linken und fortschrittlichen Kräfte zu machen.

Dazu sind jedoch einige Voraussetzungen notwendig, die ein schrittweises Überwinden des "Trennenden" ermöglichen.

SOLIDARITÄT IST NICHT SELBST-ZWECK

Wir sehen immer wieder, daß bei der Entwicklung von Solidaritätsaktionen auf die Funktion dieser Aktionen nur mangelhaft Rücksicht genommen wird. Vielmehr geht es den Trägern dieser Bewegung oft darum, ihre politische Einschätzung einer Öffentlichkeit bekannt zu machen, d.h. Propaganda für die eigene "richtige" Linie zu betreiben. Dies geschieht

meist in der Art und Weise, daß auf die Adressaten, die man erreichen will, auf deren Bewußtseinsstand nicht eingegangen, sondern in den Vordergrund die Reinheit der "Lehre" stellt.

Auch bei den meisten Aktionen, dies gilt besonders für die links von der KPÖ stehenden Organisationen (das heißt auch für uns) wird manchmal weniger auf die Zweckmäßigkeit der Aktion Kurs genommen, sondern auf die "kämpferische Manifestation" Wert gelegt, die oft das Ausbrechen aus der Isolierung erschwert.

Die Vorbereitung der Chile-Aktionen zum 2. Jahrestag ist diesbezüglich ein Lehrstück.

Anfang Juli schickte das vom Kommunistischen Bund Wien initiierte Chile-Komitee einen "offenen Brief" an alle linken Organisationen. Inhaltlich ging es um die Vorbereitung einer gemeinsamen Demonstration.

Obwohl der Inhalt des Briefes akzeptabel war, zeigte sich, daß der Wunsch, eine Einheitsfront zu bilden inklusive mit der Chile-Solidaritätsfront von vornherein nicht vorhanden war. Sonst hätte die Aufforderung weder in Form eines offenen Briefes noch einer fix und fertigen Plattform erfolgen dürfen. Die Plakatierung dieser Erklärung seitens des KB-Wien, der Vertrieb der Zeitung des Chile-Komitees, in der bereits alles über die Demonstration veröffentlicht wurde, bevor die Organisationen die Aktionen gemeinsam beschließen konnten, untermauert den Verdacht, daß der KB seine "führende Rolle" manifestieren wollte.

Daß wir dennoch an dieser Demonstration teilnahmen und dazu auf-

riefen, ist darauf zurückzuführen, daß wir überzeugt sind, daß Schritte gesetzt werden müssen, die einer Vereinheitlichung von Solidaritätsaktionen dienen, und daß der Protest gegen die faschistische Junta und die Solidarität mit dem chilenischen Volk so breit als möglich zu erfolgen hat.

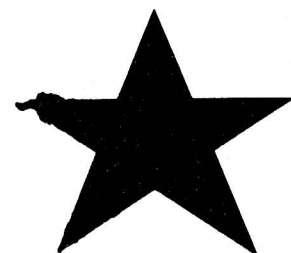
Oft werden die GRM und der KB-Wien mit Recht des Sektierertums bezichtigt. Dennoch zeigt die Haltung der von KP und Jusos initiierten Solidaritätsfront, daß diese Organisationen nicht bereit sind, mit "Chaoten" (wie es die KP zu sagen pflegt) zusammenzuarbeiten. In einer Aussprache, die wir mit Vertretern der Front führten, in der es um die Demonstration ging, zeigte sich deutlich die Angst, mit linken Gruppen zusammen zu arbeiten. Man wurde den Eindruck nicht los, daß sowohl KP als auch die Vertreter der Jusos vor den Wahlen keine Demonstration wünschten, um nicht "Wähler" vor den Kopf zu stoßen.

Bezeichnend ist die Haltung der KPÖ, die im Gegensatz zum ORF und anderen Tageszeitungen, die Demonstration ihren Lesern verschwiegen, denn niemand darf erfahren, daß es auch neben der KPÖ noch Kräfte gibt, die Solidaritätsaktionen durchführen.

Die FÖJ-Bfs oft angefeindet als "Kompromißler" wird dennoch immer wieder versuchen mitzuwirken, Solidaritätsaktionen effektiv und einheitlich zu gestalten.

Solidarität hat eben nicht in erster Linie der Profilierung der eigenen Organisation, sondern hat der Unterstützung der kämpfenden und unterdrückten Völker zu dienen. Gleichzeitig wird damit auch ein Bewußtseinsveränderungsprozeß in Teilen der Bevölkerung eingeleitet, der auch für unseren Kampf in Österreich notwendig ist.

S. M.



Vorwärts und nicht vergessen...

kommunal- politik

Neues vom Spittelberg

Anfang September sind es 6 Wochen, daß das Amerlinghaus am Spittelberg (Stiftgasse 8) als Kommunikationszentrum für Kinder, Jugendliche und alte Leute offen ist (s. OL v. Juli 75).

Die anfängliche Euphorie nach der erfolgreichen "Beinahe-Hausbesetzung" Mitte Juni ist bald dem harten Alltag der Arbeit im Zentrum und neuerlichen Auseinandersetzungen mit Gemeindebürokraten gewichen.

Offensichtlichen Erfolgen stehen heute Schwierigkeiten gegenüber, die nur zu einem geringeren Teil bewältigt sind. Jedenfalls werden die Erfahrungen dieses Sommers für die zukünftigen Auseinandersetzungen um die Durchsetzung des Konzepts eines Kommunikationszentrums, um seine Gestaltung und Führung, wertvolle Einschätzungshilfen sein.

In den wenigen Wochen des Bestehens hat sich gezeigt, daß der Bedarf nach einem solchen Zentrum, das in seiner Konzeption von den bestehenden Einrichtungen der Stadt Wien völlig abweicht, groß ist:

Täglich kommen durchschnittlich 15 Kinder aus der Umgebung in die Kindergruppe, die gegenwärtig von zwei ständigen Mitarbeitern und fallweise von zusätzlichen Helfern betreut wird; für ca. 50 Jugendliche (vor allem Lehrlinge) aus dem 7. und aus weiter entfernten Bezirken (sogar aus Floridsdorf) ist das Amerlinghaus

Treffpunkt und Möglichkeit zu ungezwungener Kommunikation; der wöchentliche Sozial- und Rechtsberatungsdienst (jeden Mittwoch von 17-20 Uhr) wird vor allem von älteren Menschen in Anspruch genommen.

In der Kindergruppe haben auch sprach- und entwicklungsgestörte, nicht-"angepaßte" und aggressive Kinder Platz gefunden, die sonst nur schwer in ähnlichen Einrichtungen unterkommen können. Mit Geduld und durch Kontakt mit den Eltern wird versucht, in spielerischer Form Aggressionen abzubauen und jenes soziale Grundvertrauen wiederherzustellen, dessen Mangel oft den Hintergrund für aggressives Verhalten, für Außenseitertum und Entwicklungsstörungen darstellt. So haben zwei entwicklungsgestörte Geschwister, sprach- und körperbehinderte Kinder aus einer Problemfamilie, in wenigen Wochen bereits so viel Vertrauen gefaßt, daß sichtbare Fortschritte in ihrer körperlichen, sprachlichen und sozialen Entwicklung das Ergebnis sind.

Die Jugendlichen haben sich im Haus zwei Räume behelfsmäßig eingerichtet, in denen sie unter sich sind, Musik hören, reden, schmusen, Dinge tun können, die anderswo nicht oder nur mit Konsumzwang möglich sind (als Sitzgelegenheiten dienen Matratzen, was Frau Dr. Kroll, die Leiterin der Liegenschaftsverwaltung MA 52, veranlaßte, in einem Schreiben an die Kulturabteilung MA 7 zu klagen: "mehrere Räume dienen als Matratzenlager!").

Daß andere Initiativen der Freizeitgestaltung der Jugendlichen über Ansätze nicht hinauskamen (Theatergruppe, Karateklub, Selbsterfahrungsgruppe, Redeschulung u. a. m.) lag wohl an der unsicheren Zukunft des Hauses, aber auch daran, daß Selbstverwaltung nicht vom Himmel fällt, sondern von Jugendlichen und Erwachsenen durch Praxis erfahren und erst erlernt werden muß.

Besonders schwierig gestalteten sich die Kontakte zur älteren Bevölkerung, die sich durch den Anblick langhaariger Jugendlicher, herumtollender Kinder und durch Lärm eher davon abhalten lassen, ins Amerlinghaus hineinzugehen. (Ein älterer Spittelberger versucht neuerdings mit dem Ruf "Spittelberg den Spittelbergern!",

"keinen Zirkus im Amerlinghaus!", "Ruhe und Ordnung im 7. Bezirk" unzufriedene Bürger hinter sich zu scharen). Es wird also viel Geduld und Bemühen nötig sein, das Mißtrauen und die Vorbehalte der älteren Bevölkerung abzubauen. Die Weiterführung und der Ausbau der Beratungsstelle ist eine erste Möglichkeit dazu.

Als die schwierigsten Probleme der Führung des Zentrums im vergangenen Sommer haben sich jedoch das Fehlen jeglicher finanzieller Unterstützung und der Mangel an Mitarbeitern herausgestellt, wodurch eine kontinuierliche und intensive Betreuung - die vor allem bei Kindergruppen und Problemkindern vordringlich ist - zeitweise unmöglich war.

So stellte sich nachträglich heraus, daß die vom Kulturamt der Gemeinde Wien für den Sommerbetrieb zugesagte Subvention frühestens im Oktober ausgezahlt werden kann.

Kaum war Frau Stadtrat Sandner-Fröhlich im Urlaub, drehte sich wieder der bürokratische Zirkus: die Liegenschaftsverwaltung schränkte willkürlich die Benutzung des Hauses auf den Hof und zwei Räume ein, obwohl sich auf Grund eines statischen Gutachtens der Großteil des Hauses als sicher herausgestellt hatte.

Unter dem Vorwand, der Verein dulde die mutwillige Zerstörung des Hauses (bei einer Begehung waren "eingeschlagene Fensterscheiben", "obszön beschmierte Wände" und "aufgebrochene Türschlösser" festgestellt worden), weigerte sich die MA 52, die ursprünglich zugesagten notwendigen Sicherungsarbeiten durchführen und ein vertragliches Mietverhältnis ("precavium") mit dem Verein einzugehen. Die Baupolizei kündigt andererseits an, daß die baupolizeiliche Genehmigung nicht gegeben werden könne, da der Verein die notwendigen Sicherungsarbeiten nicht durchgeführt habe.

Diese Aktionen, die den Anschein einer "gezielten Aktion" gegen das Zentrum Amerlinghaus erwecken, entlarven ein Selbstverständnis von Wiener Gemeindepolitik und -verwaltung, das den Äußerungen für "Demokratisierung" und "Partizipation der Bevölkerung" Hohn spricht.

Die Entscheidung über Sanierung und künftige Gestaltung des Amerlinghauses wird in den nächsten Wochen fallen. Frau Sandner-Fröhlich hat sich kürzlich öffentlich für die Errichtung eines "richtigen" Kommunikationszentrums ausgesprochen. Wie dieses aussehen soll, geht aus dem Konzept hervor, das sie dem Verein Zentrum Amerlinghaus am 29. August vorlegte: im Parterre sind ein Restaurantbetrieb, Tagemüiterräume, Aufenthaltsräume für alte Leute und Küche vorgesehen, im ersten Stock sollen ein Bezirksmuseum, Vortrags- und Versammlungsräume, eine Verwalterwohnung sowie ein Büro untergebracht werden. Die Sanierung soll der "Wiener Kunstverein" durchführen, der die "Alte Schmiede" in der Innenstadt renovierte und heute führt. Kosten: 12 - 14 Millionen Schilling, ein Betrag, der mehr als doppelt so hoch ist, wie im Sanierungskonzept des Vereines Zentrum Amerlinghaus. Vermutlich soll dadurch eher die GESIBA "saniert" werden.

Am zweckmäßigsten und billigsten wäre die vom Verein vorgeschlagene Alternative: Renovierung des Amerlinghauses in Eigenregie - eine politisch nicht durchsetzbare Lösung - wie die diskussionslose Ablehnung dieses Vorschlags durch die Gemeindevorstandlichen zeigt.

Der Verein Zentrum Amerlinghaus steht vor der Entscheidung, auf seiner Konzeption zu bestehen und das völlige Scheitern seiner Idee zu riskieren, oder einen Kompromiß einzugehen, in dem Abstriche von seinem Konzept unumgänglich sind.

Wie nahe diese Kompromiß-Lösung einem emanzipatorisch ausgerichteten und selbstverwalteten Kommunikationszentrum kommen kann, wird nicht nur von Verhandlungsgeschick und -ausdauer der Mitarbeiter des Zentrums abhängen, sondern auch von der Solidarität und dem politischen Druck der fortschrittlichen Öffentlichkeit.

W. A. K. ★

Daniel Cohn-Bendit

Der große Basar

Aus Frankreich ausgewiesen, lebt er heute in Frankfurt. Seine Erzählungen und Reflexionen aus dem „Basar“ sind gleichzeitig Bestandsaufnahmen und Schlussfolgerungen aus der Geschichte der letzten 10 Jahre. Mai 68 aus heutiger Sicht eines Beteiligten. Kritik des Kommunismus. Das Identitätsproblem eines linksradikalen Juden. Israel. Starkult. In Deutschland: Betriebsarbeit, Emigranten, Rocker, politischer Terrorismus, Häuserkampf, Wohngemeinschaften, Kinder, Diskussion neuer Agitationsmittel und Organisationsformen.

ca. 200 Seiten ca. 10 DM

Etienne Saint-Laurent



Aufstand der Regionen

In den letzten Jahren revoltieren in zunehmendem Maß ethnische Minderheiten: die Elsässer, Bretonen, die Whyler Weinbauer. In ihrem Widerstand gegen das kapitalistische Zentrum verbinden sich traditionelle Momente mit modernsten Inhalten. Handelt es sich hier um einen überkommenen Nationalismus oder um eine neue Form sozialer Revolution? Saint-Laurent konfrontiert die Zielsetzungen und Inhalte der regionalen Aufstände mit der sozialistischen Theorie.

ca. 8 DM

ca. 80 Seiten

TRKONT

8 München 80 Josephsburgstr.16

Herbst

'75

Spanisches Zentrum Essen

«Spanische Woche»

Zunehmend organisieren sich die „Communities“ der Fremdarbeiter in der BRD in „Zentren“ als Organisationsformen ihres Lebens und ihrer politischen Bestrebungen. In der „Spanischen Woche“, die das essener Zentrum veranstaltete, wurde das ganze Spektrum einer Fremdarbeiterexistenz in der BRD exemplarisch thematisiert.

ca. 120 Seiten ca. 8 DM

Die Wunden der Freiheit



Selbstzeugnisse, Kommentare u. Dokumente aus dem Kampf der Indianer gegen die weiße Eroberung und heutige Unterdrückung in den USA. Vom Beginn der Kolonisierung bis Wounded Knee.

ca. 280 Seiten ca. 20 DM

endlich erschienen:

„Bommi“ Baumann

Wie alles anfang

ca. 120 Seiten ca. 10 DM

Auf Anforderung schicken wir gern unseren ausführlichen Buch- und Schallplattenkatalog zu.

Eckhard Brockhaus

Kapitalistische Entwicklung und Arbeiterkampf

(Vor dem ersten Weltkrieg)

Krise und Funktionswandel der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung - Umwälzung der Produktionsstruktur - Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse - Massenkampf, Militanz, direkte Aktion, Arbeitsunlust als Merkmale der entstehenden „anderen“ Arbeiterbewegung.

ca. 220 Seiten ca. 14 DM

Toni Negri

PARTEI GEGEN DIE ARBEIT

Ausgangspunkt dieses Beitrags zur Theorie der Organisation ist die politische Zusammensetzung der Arbeiterklasse. Die gesellschaftliche Arbeitskraft als universelle Individualität blockiert objektiv die weitere kapitalistische Entwicklung, bestimmt sich subjektiv durch die Verweigerung der Arbeit und das Verlangen nach Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums. Die leninistische Partei der Bündnisse, Übergangsprogramme, der Insurrektion ist in der Klasse selbst aufgegangen.

ca. 80 Seiten ca. 8 DM

★ AUTONOMIE ★

Zeitschrift zur aktuellen und vergangenen Geschichte des Proletariats und der Jugendbewegung.

Die Zeitschrift wird drei Schwerpunkte enthalten: * Beiträge zur aktuellen Klassensituation in Schilderungen, politischer Analyse und theoretischen Versuchen. * Geschichtliche Untersuchungen als „Vorgeschichte“ heutiger Zustände und zukünftiger Entwicklungen. Im Mittelpunkt wird die Geschichte der „anderen“ Arbeiterbewegung stehen. * Selbstreflexionen der linken Bewegung und ihrer sozialen Bezüge.

jede Nummer: 80 Seiten

5 DM

Bestellkarte für „offensiv links“

Ich möchte gerne "offensiv links" für ein Jahr abonnieren

NAME

ADRESSE

Der Preis beträgt für das Inland: S 50,- (inkl. Porto)

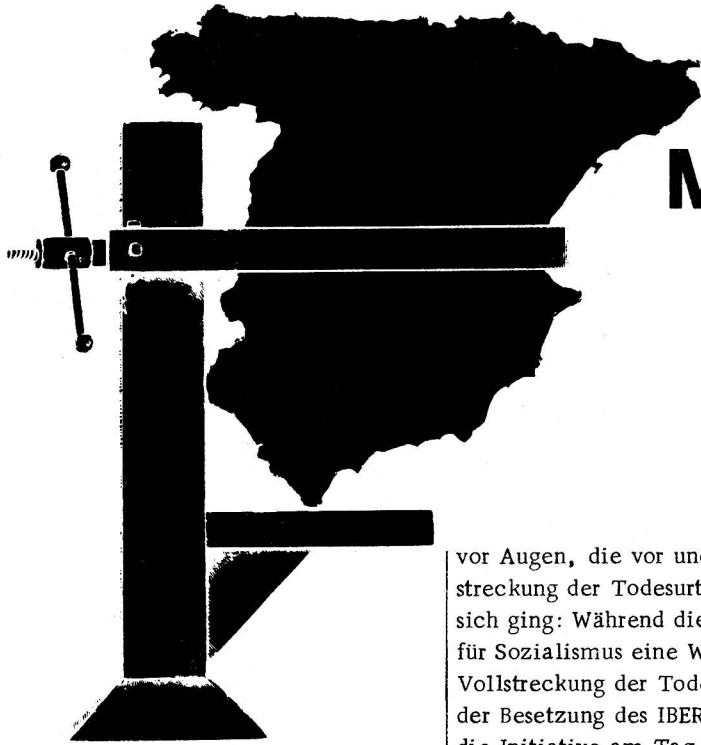
für das Ausland: S 50,- (exkl. Porto)

Bitte ausschneiden und an die Adresse:

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 schicken.



Nieder mit dem Mörder-Regime in Spanien

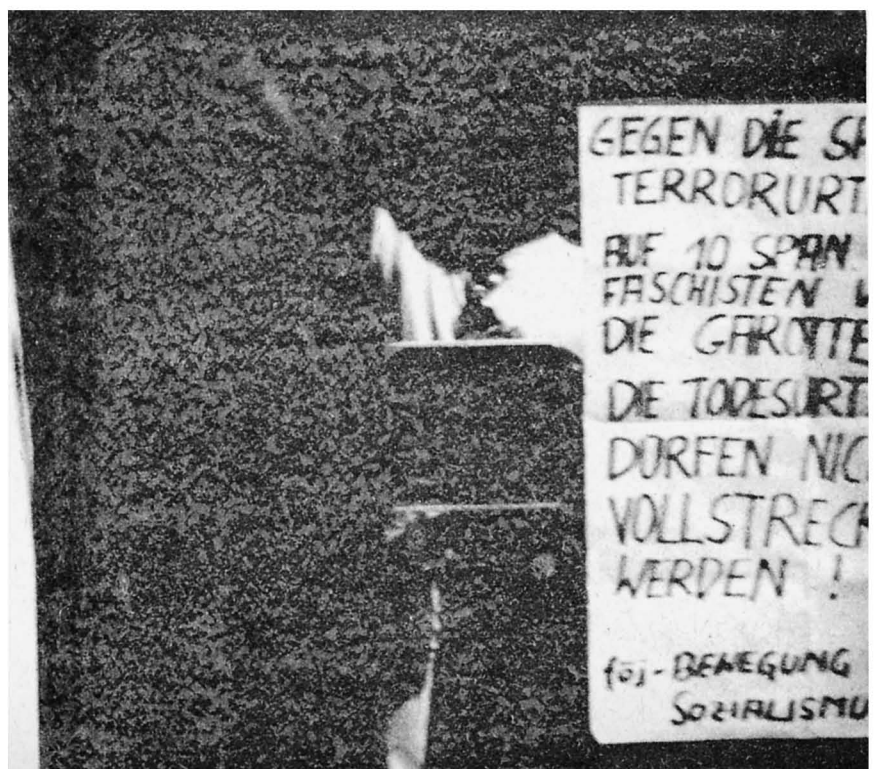


Mit tiefem Abscheu hat die gesamte zivilisierte Welt die Vollstreckung der Todesurteile an fünf spanischen Revolutionären zur Kenntnis genommen. Mögen auch Kapitalinteressen hinter den bürgerlich-diplomatischen Manövern stecken: Tatsächlich hat niemand ernsthaft mit der Vollstreckung der Todesurteile gerechnet. Zu breit schien die internationale Solidaritätsbewegung, die vom Papst über fast alle bürgerlichen Regierungen bis hin zu fast allen europäischen Gewerkschaften reichte. Selbst der ÖGB hatte sich hier in die internationale Protestbewegung eingereiht. Auch in Spanien wurden – trotz der scharfen Repression, die dort zur Zeit herrscht, bekanntlich schießt die gefürchtete Guardia Civil in Demonstrationen, um sie aufzulösen – zahlreiche Proteste laut, von zahlreichen Streiks und Demonstrationen bis zur Erklärung der Bischofskonferenz und der Petition, die von 1.000 Priestern unterschrieben wurde. Das Franco-Regime mußte international mit Isolation und intern mit einer Verschärfung des Widerstandes rechnen, wenn es die Todesurteile tatsächlich vollstrecken lassen würde.

Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß die Empörung weit über politische Dimensionen hinausging, die unmittelbar nach den Todesurteilen auch auf Österreich übergriff, so halte man sich die Solidaritätsaktionen

vor Augen, die vor und nach der Vollstreckung der Todesurteile hier vor sich ging: Während die fōj-Bewegung für Sozialismus eine Woche vor der Vollstreckung der Todesurteile mit der Besetzung des IBERIA-Stadtbüros die Initiative am Tag nach der ÖGB-Resolution ergriff, begannen intensive Verhandlungen zwischen allen linken Organisationen – von den Maoisten bis hin zur Sozialdemokratie für eine gemeinsame Demonstration. Dies schien aber vor dem Wahltermin nicht möglich zu sein: Die JG der SPÖ kochte ihr Kreisky-Süppchen auf der schicken Protestwelle und machte ihr eigenes Protestmeeting, das nur vom ORF gut aufgenommen 50 Genossen umfaßte, weil von einer ernsthaften Mobilisierung nicht die Rede sein konnte. Tags darauf trotzte die KPÖ mit

100 Genossen und für Spanien, brach ihre Demonstration aber wegen einiger Regentropfen schon bei der Oper ab. Am Tage der Hinrichtung aber griff die Empörung über die tatsächliche Vollstreckung der Todesurteile um sich. Das Unfaßbare war eingetreten: Sogar die fünf nicht Begnadigten spanischen Genossen hatten sich bis zu ihrer Hinrichtung nicht die Begnadigung erhofft, wie etwa aus dem letzten Brief von Juan Paredes Manot bekannt wurde, der am Abend vor der Hinrichtung geschrieben und der Weltpresse am Morgen der Hinrichtung übergeben wurde. Die Hinrichtung änderte auf einen Schlag den Charakter der Solidaritätsbewegung. Aus organisationsegoistischer Leichenflederei entstand ein Tag der gemeinsamen Aktionen der Linken. Sozial-



demokraten, KP-Genossen und Maoisten versuchten gemeinsam die spanische Botschaft zu stürmen. Die föj-Bewegung für Sozialismus versammelte sich zu einer gemeinsamen Protestaktion zuerst auf der Argentinierstraße, anschließend bei der Oper. Trotz der dabei eintretenden Verkehrsstörung brachte diesmal die Bevölkerung viel Verständnis für die Aktionen auf. Sogar die bürgerliche Presse brachte Verständnis für die Verbrennung des Mobiliars der spanischen Botschaft in Lissabon auf...

Zu den Vorgängen in Spanien

Auf diese Art war dem Franco-Regime nach 36jähriger Herrschaft etwas gelungen, was bis dahin die kühnsten Träume der Linken war: Die nahezu lückenlose Isolierung und der Aufschwung der Protestbewegung in Spanien. Freilich war das nicht nur der Ausfluß der bitteren Justizgroteske. Spanien als letztes faschistisches Land Europas war schon lange nicht nur der Arbeiterbewegung, sondern auch dem europäischen Kapital ein Dorn im Auge. Während die protektionistische Wirtschaftspolitik Francos vor allem die Fremdenverkehrswirtschaft ankurbelte, die produktiven Sektoren der spanischen Wirtschaft und damit Anlagensphären auch für das internationale Kapital vernachlässigte, verunmöglichte neben dieser Wirtschaftspolitik auch die faschistische Repression deren Aufnahme in die EG und die Vollmitgliedschaft in die NATO. Obwohl sich gerade die USA immer wieder bemühten, ihre atlantischen Bündnispartner dazu zu bewegen, von diesen lächerlichen Kleinigkeiten abzusehen, konnte Spanien auf dieser Ebene keinerlei Fortschritte erzielen. Die EG schämte sich ihres unterentwickelten faschistischen kleinen Bruders und verweigerte ihm die Aufnahme in den Wirtschaftsclub der reingewaschenen Westen. Dazu kam die starke innere Opposition, die auch durch den jüngsten "Liberalisierungsversuch" Francos, dem Assoziationsgesetz, nicht zu befrieden war. Das Assoziationsge-

setz verlangte als Bedingung für die Zulassung einer Quasi-Partei zur Assoziation die Übereinstimmung mit der faschistischen Verfassung. Die zwei Assoziationen, die von bürgerlich-demokratischen Kräften initiiert wurden, finden kaum Massenunterstützung. Dagegen bildeten sich im Ausland die Demokratische Junta, die die KP und eine Reihe von revolutionären Kräften umfaßt, sowie eine maoistisch-sozialdemokratische Gegen gründung. Daneben hat sich in Spanien eine bürgerlich-liberale Partei - wie zur Verhöhnung des Franco-Regimes - als Aktiengesellschaft gegründet und entkam so dem Zulassungsverfahren durch die im Assoziationsgesetz vorgeschriebenen Instanzen.

Speziell in den baskischen Provinzen und in der Region Madrids war es schon im ganzen letzten Jahr zu bewaffnetem Widerstand, Streiks und Lohnkämpfen sowie zu Massendemonstrationen gekommen. Das Franco-Regime, mit dem Rücken zur Wand gedrängt sogar durch seine früheren Steigbügelhalter, die Kirche, beschloß, mit den Ausnahmegesetzen,

den sogenannten Anti-Terrorgesetzen, sich als gefestigt zu zeigen. 12 Todesurteile wurden nach diesen Gesetzen verhängt, davon zwei an schwangeren Frauen. 5 dieser barbarischen Urteile, die nach dem Gesetz noch qualvoll mit der Garotte, einem mittelalterlichen Folterinstrument hätten vollstreckt werden sollen, wurden nicht vollstreckt, weil sich in ganz Spanien kein Henker fand, der sich dazu bereit erklärte.

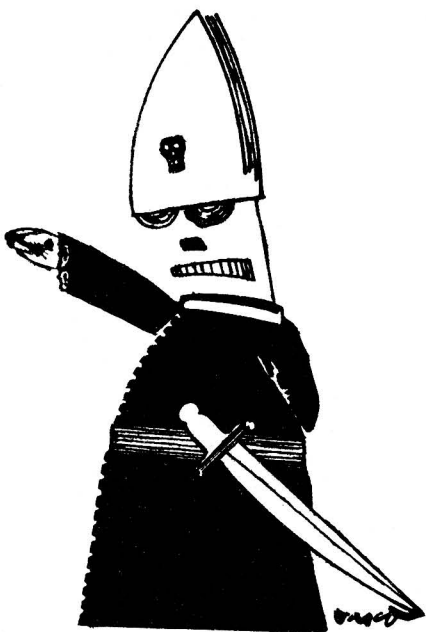
Am 27. September wurden die Todesurteile an den FRAP-Genossen Jose Saena (24), Luis Sanchez Bravo (21) und Ramon Gracia Sanz (27) sowie an den ETA-Genossen Angel Otaegui und Juan Paredes Manot vollstreckt. Ihr einziges Vergehen war die Zugehörigkeit zu revolutionären Organisationen. Die Angeklagten hatten nur zum Teil und das unter schwerer Folter, Polizistenmorde "gestanden".

Die faschistischen Henker in ihren prächtigen ordensgeschmückten Uniformen haben mit ihrer Demonstration der Stärke das Gegenteil erreicht:



International zusehends isoliert (außer von den USA, wo sich Präsident Ford auf Drängen der liberalen Journalisten lediglich zu "einem Bedauern der sinnlosen Spirale der Gewalt von beiden Seiten", "hinreißen" ließ) wächst die Opposition an. Ca. 1.500 Madrider hielten einen Trauergottesdienst – trotz des Versuchs der Guardia Civil diesen abzubrechen – für die ermordeten Genossen ab. Ein Generalstreik legte das Baskenland lahm, trotz schwer bewaffneter Polizeipatrouillen in diesen Regionen. Schließlich rückten die beiden Arbeiterorganisationen, die KP-nahe Demokratische Junta und ihr sozialdemokratisch-maoistisches Gegenstück zusammen. Eine neue Perspektive steht auch in Spanien vor der Tür. Eine rote, rot nicht vom Blut der Revolutionäre, die von den faschistischen Schlächtern hingerichtet wurden, sondern vom Banner der Arbeiterklasse.

R. P.



Wer selbst im Glashaus sitzt ...

Die Vorfälle nach der Abschlußkundgebung der Spaniardemonstration vor dem Reisebüro IBERIA kamen keineswegs überraschend. Das Reisebüro war schon vor der Vollstreckung der Todesurteile ein Bezugspunkt des Protestes. Die vorwiegend jugendlichen Demonstranten, die nach der aufrüttelnden Ansprache Josef Hindels'



sich erneut in Bewegung gesetzt haben, um ihrem Zorn über die Heuchelei der Bundesregierung und der österreichischen Massenmedien Luft zu verschaffen, können mit jedermanns Verständnis rechnen, der zu begreifen imstande ist, daß Emotionen ein wesentlicher und berechtigter Teil jedes politischen Engagements sind. Die Frage ist nur, ob sie auch dem politischen Ziel gerecht werden, also mit Vernunft gepaart sind, ohne die sie entweder verpuffen müssen oder – nicht weniger schlimm – sogar der eigenen Sache schaden können.

Die eindrucksvolle gemeinsame Demonstration von 5.000 Demokraten verschiedener politischer Richtungen hat zwar ihren Niederschlag in den Massenmedien gefunden, wurde aber von der eher unwesentlichen Demolierung einiger gutversicherter Auslagenscheiben überdeckt. Eine von Tag zu Tag wachsende Zahl verwundeter, "gesteinigter" Polizeibeamter diente dem düsteren Ausklang des Wahlkampfes von ÖVP und FPÖ. Es war tatsächlich verwunderlich, daß SP-Organisationen so knapp vor den Wahlen an einem derart weit nach links zusammengesetzten Aktionskomitee teilnahmen. Daher mußte spätestens die Warnung des Herrn Bürgermeisters Gratz vor Rowdies und Randalierern vor der Demonstration aufhorchen lassen. Der Mann wußte oder ahnte was und sprach es offen aus. Auch unsere brave Staatspolizei mußte was geschwant haben. Obwohl die Sache ziemlich spontan ablief,

mußte sie zum mindesten seitens der Ordnungshüter in Betracht gezogen werden. Sie hätte auch sicher – vom polizeistrategischen Gesichtspunkt gesehen – leicht vereitelt werden können. (Einige Tatsachen, die so ganz und gar entgegen der üblichen Polizeitaktik stehen und schlicht von passiver Unterstützung der Ereignisse zeugen: Nach der Abschlußkundgebung zog ein geordneter Block von ca. 1000 Demonstranten auf dem Ring Richtung IBERIA. Sie wurden zu keinem Zeitpunkt aufgefordert, den Zug aufzulösen; es gab keine Polizeisperrketten, obwohl genügend Einsatzwagen samt Mannschaften zur Verfügung standen, wie es die wilden Knüppelaktionen gezeigt haben, nachdem schon alles vorbei war.) Und hier drängt sich der Verdacht auf, daß es bestimmten Kreisen in der SPÖ, manchen zuständigen Stellen im Innenministerium und der Staatspolizei die Sache gar nicht ungelegen gekommen sein dürfte. Wieviele Fliegen sind doch mit einem Streich erlegt worden: die Linke diskreditiert, linke Aktions Einheit in der SPÖ noch mehr ver-teufelt, die Notwendigkeit der weiteren Ausrüstung der Polizei gegen Demonstranten demonstriert und last not least drei Tage vor den Wahlen Bürgerkriegsgespenster grell an die Wand projiziert!

Eine andere Möglichkeit wäre freilich die, daß die zuständigen Stellen sowohl dumm und unfähig sind, als auch an einer Schlägerei ihren rachsüchtigen Spaß haben.

Z. ★

Portugal: Die Gegensätze verschärfen sich

Die sechste provisorische Regierung verkörpert den vorläufigen Schlußstrich in der Auseinandersetzung zwischen dem sozialrevolutionären und dem quasi-sozialdemokratischen Flügel in der MFA.

Die fortschrittlichen Maßnahmen der Regierungen und der MFA wurden nun allmählich durch die katastrophale wirtschaftliche Situation aufgesogen. Das Sperren von ausländischen Krediten, der Rückgang im Fremdenverkehr, die 300.000 heimkehrenden Angola-Portugiesen, der Investitionsstopp der Multis, der Kapitalexport des portugiesischen Kapitals und schließlich die durch Verstaatlichungen ausgelösten Umstellungsschwierigkeiten schufen ein politisches Klima, das den "gemäßigten" Strömungen in ihrer Propaganda sehr zu Hilfe kam. Die portugiesische Revolution befindet sich nun auf dem Scheideweg. Wesentliche Entscheidungen über die weitere Entwicklung stehen auf der Tagesordnung. Bis jetzt waren die Linken zu schwach, um die politischen Strukturen (in Richtung Räteorgane in Militär und Staat) grund-

sätzlich zu ändern, die "Gemäßigten" wagten sich aber auch nicht, die bisherigen Ansätze von Volksmachtorganen direkt zu bekämpfen. Es herrschte eine Pattsituation. Die meisten Entscheidungen wurden so "gelöst", indem sie aufgeschoben wurden.

Azevedo möchte nun mit dem "revolutionären Schutt" abrechnen, er machte sich die sozialdemokratische Logik zu eigen, die verfassungsgebende Versammlung stärken zu wollen, "Ruhe, Ordnung und Gesetzlichkeit" herzustellen, illegale Betriebs-, Häuser- und Landgüterbesetzungen zu verhindern, die Medien enger an die Regierungsmeinung zu binden, die demokratischen Ansätze im Heer abzublocken, die Rolle der höheren Offiziere zu verstärken und somit der Politisierung im Heer ein Ende zu bereiten. Der wirkliche Hauptfeind für die sechste Regierung sind nicht die Rechtskräfte. Die offenen konterrevolutionären Drohungen der PPD 50.000 Mann bewaffnen zu wollen; oder die Erklärungen von Soares, daß "Spinala in Portugal die Macht übernehmen könnte, wenn er das Spiel der Demo-

kratie mitmacht, entweder durch Wahlen oder durch irgendeine andere Form der Demokratie" oder "Es war ein schwerer Fehler der ersten revolutionären Regierungen, das Vertrauen der multinationalen Regierungen zu verlieren" wurde von der Regierung nicht entschieden zurückgewiesen. Die wirklichen Angriffspunkte sind die Linken. Im Heer sind es nicht die noch zahlreich vorhandenen spino-listischen Offiziere, die ihrer Posten entledigt werden, sondern die Linken. Ein weiterer Hauptpunkt der neuen Regierung liegt nicht in der beschleunigten Inangriffnahme der Landreform, sondern in der Auseinandersetzung mit den Trägern von besetzten Landgütern. Anstatt die Wirtschaftssabotage (Kapitalexport, Investitionsstopp, Kredit-sperre, Produktionsdrosselung) des Kapitals durch weitere Verstaatlichungen und Umstrukturierungen der Wirtschaft in Richtung einer größeren Selbstversorgung zumindest teilweise zu begegnen, beginnt man immer mehr um die Gunst der Multis zu buh-



len. Deren politischen Forderungen nach Zurückdrängung des "Kommunismus" müssen also zunächst erfüllt werden. Anstatt die selbstverwalteten Betriebe, Zeitungen, Landkommunen usw. als Vorformen einer direkten Demokratie zu fördern, legt man ihnen nun nur Schwierigkeiten in den Weg. Es werden ihnen früher gewährte Kredite gestrichen. Sie sollen ausgehungert werden, um so die Unmöglichkeit der Selbstverwaltung zu "beweisen".

DIE REGIERUNG KANN IHRE
REPRESSIVEN MASSNAHMEN
NICHT DURCHSETZEN

Bis jetzt sah sich jede Maßnahme der Regierung, die sich gegen die Errungenschaften der portugiesischen Revolution richtete, einer wachsamem, politisierten Bewegung von Arbeitern und Soldaten gegenüber, die alle reaktionären Schritte mit Massenmobilisierungen beantworteten.

DAS REAKTIONÄRE PRESSEGESETZ
SCHEITERT

Am 8. September beschloß der Revolutionsrat ein Gesetz, das "alle Berichte und Meldungen über Vorgänge in militärischen Einheiten oder Anlagen, ebenso wie Berichte über individuelle oder kollektive Stellungnahmen von Militärs" verbot.

Trotz massiver Repressionsdrohungen hielt sich nur eine einzige portugiesische Zeitung an diese Einschränkung der Meinungsfreiheit: die sozialistische "A Luta", Nachfolgerin der "Republica". Alle anderen Zeitungen berichten nach wie vor ausführlich über politische Diskussionen im Heer und druckten Resolutionen einzelner Abteilungen ab. Am 18. September hob der Revolutionsrat den Erlaß, dessen Undurchführbarkeit sich erwiesen hatte, wieder auf.

Auf Initiative von portugiesischen Genossen wurde dieser Aufruf von vielen revolutionären Organisationen Europas, unter ihnen die FÖJ-BFS, unterzeichnet.

Aufruf an die Arbeiter, an das Proletariat, an die revolutionären und fortschrittlichen Kräfte Europas

"Der revolutionäre portugiesische Prozeß ist an einem entscheidenden Punkt angelangt. Die allgemeine Krise bedroht die Weltherrschaft der Imperialisten. Deshalb können sie nicht zulassen, daß die portugiesische Revolution bis zum Sieg voranschreitet. Sie können nicht zulassen, daß das kapitalistische Ausbeutersystem und die Macht der Bourgeoisie in Portugal zerschlagen werden. Nach den außerordentlichen Siegen der Völker Indochinas würde das eine weitere schwere Niederlage für den Imperialismus bedeuten.

In diesem Augenblick konzentrieren sich in Europa und speziell im Mittelmeerraum alle prinzipiellen Widersprüche der imperialistischen Herrschaft.

Daher findet die Entwicklung der Revolution in Portugal, die ihre Wurzeln im Befreiungskampf der Völker der Kolonien hat, eine Möglichkeit zum Sieg - in der Krise, die dieses System der Spaltung und Herrschaft in der Welt erschüttert, das im Westen der Nachkriegszeit die Stabilität garantiert hatte.

Die portugiesische Revolution setzt in Europa den Kampf für die nationale Unabhängigkeit, den Kampf für das Recht der Völker, unabhängig von jeglicher äußerer Einmischung, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen, auf die Tagesordnung.

Die ökonomische, politische, diplomatische und militärische Erpressung, die die imperialistischen Kräfte Portugal aufzwingen wollen, bilden heute die Sperrspitze für die konterrevolutionären Kräfte in unserem Land.

Aus diesem Grunde und wegen der realen Unmöglichkeit der friedlichen Koexistenz unserer proletarischen Revolution und der kapitalistischen Länder in Europa, sagen wir ganz klar, daß nur die Arbeiterkämpfe und die Zuspitzung des Klassenkampfes in ganz Europa, gegen jeden Versuch der "Normalisierung", die die Bourgeoisie im In- und Ausland uns aufzwingen will, die entscheidende Unterstützung für unseren Kampf sind.

Wir rufen euch auf, mit euren Kämpfen diejenigen zu unterstützen, die heute in Portugal den Kampf gegen den Kapitalismus und gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen führen: die Arbeiterklasse, das Proletariat, die revolutionären Soldaten und Militärs.

Wir rufen euch auf, daß die internationalistische Solidarität mit Portugal ein Höchstmaß an Mobilisierung erreicht: gegen jedes imperialistische Manöver und gegen jeden Versuch der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Angolas.

Die internationale Unterstützung des revolutionären Kampfes des portugiesischen Volkes muß sich verbinden mit dem Kampf für die völlige Befreiung Angolas, für den Sieg der einzigen revolutionären und patriotischen Kraft, der MPLA.

Deshalb rufen wir alle Arbeiter, Soldaten, Matrosen und revolutionären Militärs auf, sich so schnell wie möglich für eine Mobilisierung in ganz Europa einzusetzen: zur Unterstützung der anwachsenden Volksmacht, der proletarischen

rischen Demokratie, in ihrem harten Kampf gegen die interne und internationale Reaktion, eine Mobilisierung, die alle revolutionären Kräfte einbeziehen muß, die die wirklichen Interessen des portugiesischen Volkes verstehen.

WIR HABEN KEINE ZEIT ZU VERLIEREN!

Es ist jetzt notwendig, alle unsere Kräfte zusammenzufassen, um in ganz Europa auf die Straße zu gehen. Wir schlagen vor, die Woche vom 22. - 28. September zu einer Woche der internationalen Solidarisierung zu machen. Ein Jahr nach dem Sturz Spinolas durch das kämpfende portugiesische Volk, rufen wir zur größtmöglichen Mobilisierung auf, damit es den verschiedenen Spinochets nicht gelingt, die portugiesische Revolution zu erwürgen. Wir rufen alle Kräfte auf, am Samstag, den 27. 9. in ganz Europa auf die Straße zu gehen:

Gegen die imperialistische Einkreisung und die ökonomische, politische, diplomatische und militärische Erpressung Portugals. Gegen die Provokationen der internen und internationalen Bourgeoisie, die den revolutionären portugiesischen Prozeß aufhalten wollen. Für die nationale Unabhängigkeit und für die Neutralität des Mittelmeerraumes.

Für die volle Unterstützung der Arbeiterklasse, des Proletariats, der Soldaten, der Matrosen und revolutionären Militärs in ihrem Kampf gegen Kapitalismus, für die Volksmacht und die proletarische Demokratie.

An der Seite des angolanischen Volkes und seiner Kämpfer der MPLA, in ihrer Offensive gegen die imperialistischen Kräfte; gegen jede Einmischung bei der Lösung der inneren Angelegenheiten Angolas, für die nationale Einheit und die völlige Befreiung Angolas. "

Dieser Aufruf wurde von einem Genossen der Arbeiterkommission der Lisnave-Werft auf einer Veranstaltung für den proletarischen Internationalismus in Lissabon am 13. 8. 1975 verlesen und in "Lotta Continua" vom 19. 8. 1975 und im "Arbeiterkampf" vom 9. 9. 1975 abgedruckt.



DIE "DISZIPLINIERUNG" IM HEER STÖSST AUF WIDERSTAND

Ein Hauptangriffspunkt ist für die Regierung Azevedo das Heer, dessen "Disziplinierung" für sie eine Bedingung für die Durchsetzung ihrer Maßnahmen ist. Doch weiterhin sind die Diskussion der Befehle, Befehlsverweigerungen, in Portugal verbreitet wie noch nie in einer bürgerlichen Armee.

Zur Abwehr der Wiederherstellung der bürgerlichen Disziplin im Heer wurde von linken Soldaten die SUV (Vereinigte Soldaten werden siegen) gegründet, die sich gegen die reaktionären Strömungen im MFA wendet und deren Hauptlosung "Soldaten immer auf Seite des Volkes" ist. Dem ersten Demonstrationaufruf in Porto folgten 40.000 Personen, unter ihnen einige tausend Soldaten in Uniform. Als in Lissabon 2 Soldaten verhaftet wurden, weil sie Flugblätter der SUV verteilt hatten, belagerten an die 100.000 Demonstranten, unter ihnen 10.000 - 15.000 Soldaten, das Militärgefängnis. Nachdem die Fallschirmjäger- und Panzereinheiten, die gegen die Demonstranten eingesetzt wurden, sich mit diesen verbrüderten, wurden die 2 Soldaten freigelassen.

COPCON-Offiziere bekundeten offen, daß sie Waffen an revolutionäre Gruppen verteilt hätten. Darauf gründete Stabschef Fabiao eine "Einsatztruppe" aus "zuverlässigen" Einheiten. Diese Maßnahme schafft einerseits einen festen konterrevolutionären Kern, andererseits dient sie zur schrittweisen Ausschaltung des COPCON, das noch immer zu den fortschrittlichsten Truppenteilen zählt.

DIE LAGE SPITZT SICH ZU - REGIERUNG LÄSST RUNDFUNKSENDER BESETZEN

Am 29. September wurden von Militär alle Rundfunkstationen besetzt. Als Begründung wurde von Azevedo das Verhalten der Rundfunkstationen während der letzten Tage genannt: Insbesondere der von Arbeitern selbstverwaltete Sender "Renascença", aber z. B. auch "Radio Club Portugues" hatten in den letzten Tagen intensiv





die Demonstrationen der Linken (für die Freilassung der verhafteten Soldaten, gegen die Regierungspolitik, gegen die Todesurteile in Spanien) durch Aufrufe und kontinuierliche Meldungen unterstützt.

Bereits kurz nach der Besetzung fanden spontane Betriebsversammlungen in den meisten Lissaboner Betrieben statt. Die Soldaten, die die Sender besetzt hielten, verbrüderten sich mit den Arbeitern und als sie gegen "zuverlässige" Abteilungen ausgetauscht werden sollten, weigerten sie sich, die Sender zu räumen, um die Arbeiter zu schützen. Inzwischen zogen 50.000 Demonstranten zum "Radio Renascenca", um ihren Protest gegen die geplanten Säuberungen zum Ausdruck zu bringen. Schließlich wurden die Besetzungen von der Regierung aufgehoben.

Die Arbeiterkommissionen der Sender haben eine intensive Zusammenarbeit

begonnen und beschlossen, den Arbeitern von "Renascenca" ihre Sendeanlagen zur Verfügung zu stellen, falls dieser exponierteste der Sender geschlossen werden sollte.

Bis jetzt konnte die reaktionäre Regierung keine einzige Maßnahme durchsetzen. Die rechten und linken Kräfte befinden sich in einem "Wettlauf" um günstigere Positionen für spätere Auseinandersetzungen. Das Heer kann nicht mehr als Repressionsinstrument einheitlich eingesetzt werden, Teile von ihm stehen offen auf Seiten der Arbeiter. Selbst diejenigen Einheiten, die nicht auf Seiten der Revolution stehen, scheinen größtenteils nicht bereit zu sein, sich gegen andere Einheiten einsetzen zu lassen.

Es müssen von der internationalen Linken heute die größten Anstrengungen unternommen werden, um eine starke Solidaritätsbewegung aufzubauen. Portugal darf nicht das Chile Europas werden! ★

club links

Die Sammlung zur Renovierung des durch einen Einbruch verwüsteten Club links erbrachte bisher 10.000,- S. Voraussichtlich wird der Club Ende Oktober wieder eröffnet werden. Das Programm wird gesondert bekanntgegeben.

Wir ersuchen dringend um weitere Spenden (Erlagschein liegt bei) und danken denen, die bereits einen Betrag überwiesen haben.

Deine Versicherungen durch

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6
Telefon: 65 87 97/98/99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudgasse 7/29/14
Telefon: 62 14 302

links

Sozialistische Zeitung

bringt monatlich auf ca. 24 Seiten Beiträge zur sozialistischen Theorie und Strategie, Aktionsmodelle, Berichte aus der Linken international. "links" ist eine Zeitung für Theorie der Praxis und für Praxis der Theorie.

Die letzten drei Nummern enthalten u.a. folgende Beiträge:

JUNI '75

Cravos: Der revolutionäre Prozeß in Portugal

R.B. Wurm: Verlage

Uta Claar: Berufsverbote

SB-Gruß nach Vietnam

A. Blechschmidt: Weltwirtschaftskrise

Armanski u.a.: Krise in USA

JULI/AUGUST '75

O. Negt: Erfahrung, Emanzipation und Organisation

D. Horster/J. Perels: Ernst Bloch

A. Buro: NATO und Portugal

W. Müller-Jentsch: Betriebsratswahlen

S. Berg: Einzelkämpfer in der Provinz

SEPTEMBER '75

E. Altvater: Ökonomische Krise und politische Disziplinierung

W.-D. Narr: Zum Berufsverbot

Cravos: Die Rolle der PS in Portugal

Schulstreik gegen 'Sparmaßnahmen'

E. Wedekind: Kritik des SB-Schwerpunkts Betriebsarbeit

Jonas/Ludwig: Autonomie und Widerstand

Preis für das Einzelheft DM 1,50

Jahresabonnement DM 21,- incl. Versand

Probexemplare und Bestellungen bei

Sozialistisches Büro + Verlag 2000 GmbH

605 Offenbach 4, Postfach 591

Alle Jahre wieder...

Der Beginn des neuen Studienjahres an den Universitäten ist verbunden mit dem faktischen Ende aller in die Hochschulreform gesetzter Hoffnungen, den bürgerlichen Charakter dieser Institution durch gesetzgeberische Maßnahmen wenigstens tendenziell aufzubrechen. Mit Inkrafttreten des UOG wird das Kapital die gewünschte Umstrukturierung der Uni vollbracht haben, ohne der für diese Umstrukturierung so wichtigen Studentenbewegung auch nur geringe Zugeständnisse zu machen.

Mit dem Mangel an greifbaren Erfolgen ging eine Stagnation der Linken einher, die im letzten Jahr durch eine Neuformierung rechter bis obskurer Studentengruppen ergänzt wurde. Ein spezifisches Moment der Stagnation ist die Zersplitterung, die keinen gemeinsamen Kampf für längerfristige Ziele mehr ermöglicht, was sich in der Frage der Lehramtsstudienordnung deutlich gezeigt hat.

Gleichzeitig wird es dem bürgerlichen Staat immer leichter gemacht, einzelne Exponenten von Basisbewegungen zu kriminalisieren, ohne daß sich wirklich breite Solidarität entwickelt. Das neue UOG verstärkt noch mehr die Möglichkeit, studentischen Aktionen ohne besonderen Bruch der "normalen" Verwaltungsformen zu begegnen.

Längst ist die Bildungsreform aus den offiziellen Wahlprogrammen ver-

schwunden. Die kommenden Nationalratswahlen gehen an der Uni fast spurlos vorüber, weil sich keiner mehr traut, den Studenten Versprechungen zu machen (mit Ausnahme von ein, zwei Prestigebauten).

Von einer SP-Regierung erwartet sich niemand, daß sie den begonnenen Weg der Verschulung und Strafung des Studienbetriebes bei gleichzeitiger Einschränkung der Möglichkeiten freier wissenschaftlicher und politischer Betätigung aufgibt; und nicht einmal angesichts der Wahlen versucht sie diesen Eindruck zu verhindern, wie der Abbau sozialdemokratischer Errungenschaften (IHS) und die Mißachtung der Mitbestimmungsgremien (z.B. Zwangsbeschluß des Studienplanes Soziologie-Phil.) zeigen.

Unsere Aktivitäten im letzten Studienjahr bestanden im Versuch, die vorhandenen Ansätze zu einer Hochschulstrategie weiterzuentwickeln, Institutsarbeit zu beginnen, eine gewisse Bekanntheit über den engen Bereich konkreter Arbeit hinaus zu erreichen (Wahlen). Da diese Arbeit bis jetzt hauptsächlich im Bereich der Sozialwissenschaften geleistet wird (Ökonomie, Politologie, Soziologie) und darüber hinaus nur vereinzelt politische Aktivität (von den vorhandenen Kräften her) möglich ist, laufen wir natürlich Gefahr, Besonderheiten zu allgemeinen Phänomenen hochzustilisieren und fehlerhafte Strategien zu entwickeln. Allerdings läßt sich dieser Mangel nicht durch subjektives Wollen allein beheben.

Weiters sind wir bemüht, aus den zukünftigen Arbeitsfeldern heraus übergreifende Strategien zu entwickeln und unsere Analyse der Studenten als Übergangsschicht auch praktisch einzulösen: So soll der Verbindung unserer Institutsarbeit mit der Berufsfeldarbeit (Lehrer-Sozialwissenschaftler-Hochschulangehörige) in Zukunft mehr Gewicht beigemessen werden.

Im Zusammenhang mit der gewerkschaftlichen Organisierung der Intellektuellen am Arbeitsplatz können Ansätze von Interessensidentität mit der Arbeiterklasse, die nicht auf einer Fehlinterpretation der Studenten als einheitliche Schicht beruhen, auch an der Uni vorweggenommen werden. Ob es möglich ist (und wie),

den materiellen Interessen der Studenten antikapitalistische Dynamik zu verleihen, muß noch kritisch geprüft werden, gerade angesichts der zu erwartenden "Sozialkämpfe" des KSV.

An der Universität wollen wir dort, wo es auch verstärkt um die Inhalte der Ausbildung geht, das selbstorganisierte Projektstudium als Kampfforderung entwickeln, einerseits, da es ein konkret vorstellbares und motivierendes Ziel darstellt und andererseits, weil in einer solchen Bewegung das Stoßen des Anspruchs bürgerlicher Wahrheitssuche auf die Kapitalinteressen konkret erfahrbar gemacht werden kann.

Weiters wollen wir die vorhandenen Basisgruppen stabilisieren und weitere beginnen. Die auch bei uns aufgetauchte Perspektive von politischer Repression und Berufsverboten legt nahe, im Zusammenhang mit den Berufsfeldern effektive Abwehrmechanismen zu entwickeln.

Ein Schwerpunkt unserer Hochschulaktivitäten wird darüberhinaus im Ausbau der Kontakte mit den befreundeten Organisationen in den Bundesländern bestehen.



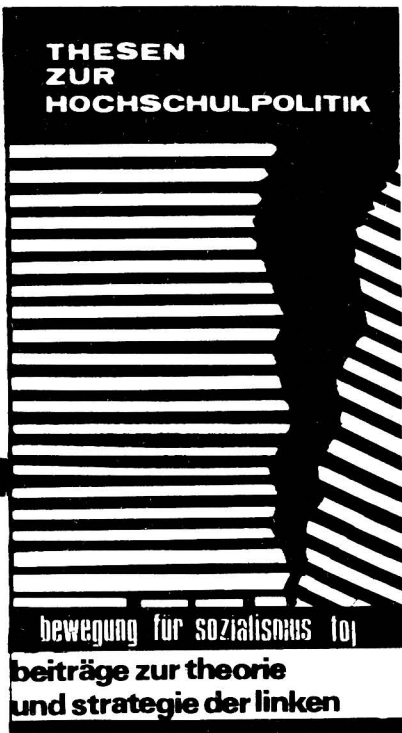
A.Z. 8001 Zürich Rämistr. 66

Erscheint monatlich

das Konzept

Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Kung,
Rolf Kief, Beat Schweingruber
Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich,
Tel.: (01) 47 75 30
Abonnemente: pro Jahr Fr. 15.-
(Ausland Fr. 18.-)
Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmat-
quai 94, 8023 Zürich, Tel.: (01) 47 34 00

aspekte



**Redaktionskollektiv Hochschulgruppe:
THESEN ZUR HOCHSCHULPOLITIK**

1. Zur Strategie an den Hochschulen
2. Welche Funktion kommt der Wissenschaft im Kapitalismus zu?
3. Universität und Ausbildung

Diskussion zur Organisationsfrage

Zur Geschichte der FÖJ – Bewegung f. Sozialismus

Zu beziehen im Sekretariat der Organisation:

1040 Wien, Belvederegasse 10.

**PODER
POPULAR**
Portugal-Spanien
NACHRICHTEN

Nr.1 soeben erschienen !

Interviews mit Vertretern von MES, FSP, LUAR
Entwicklung des MFA
Politische Parteien in Portugal
Die Lügen um "Republica"

Bestellungen an das Sekretariat der Organisation
A-1040 Wien, Belvederegasse 10

Die Organisationen – Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftliche Einheit, FÖJ – Bewegung für Sozialismus, Freidenker-Bund, Verband Marxistischer Arbeiterjugend – haben in gemeinsamer Arbeit im "KOMITEE FÜR STRAFFREIE ABTREIBUNG" eine Broschüre zusammengestellt.



**Freie Entscheidung
für die Frau -
weder Gebär- noch
Abtreibungszwang!**

**Nie mehr vor den Richter -
unbefristete
Freigabe der Abtreibung!**

**Verhütungsmittel und
Abtreibung
auf Kassenkosten!**

Die Broschüre hat folgenden Inhalt:

Schwangerschaftsabbruch – ein Problem der Gesellschaft / Sozialdemokratie und Abtreibungsfrage / Die Kirche als ein Hauptfeind der Fristenlösung / Also sprachen die Bischöfe / Die Geschichte der Abtreibung / Die Abtreibungsfrage in den kapitalistischen Staaten / ... und in den Oststaaten? / Familienplanung in Ungarn / Wer wagt, verliert.

Zu beziehen bei den jeweiligen Organisationen bzw. im Sekretariat der FÖJ – Bewegung für Sozialismus: 1040 Wien, Belvederegasse 10. Telefon: 65 19 52.

Meinungen, Argumente, Stellungnahmen zur Abtreibungsfrage